

ERINNERUNGEN AN DIE ARBEIT DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN EXILREGIERUNG IN LONDON

Von Julius Firt

Die kommunistische Literatur widerspricht sich oft in der Schilderung der Ereignisse der Jahre 1945 bis 1948: Entweder stellt sie uns unter der Führung Gottwalds einen genialen Generalstab vor, der die Machtübernahme Jahre hindurch vorbereitet hat¹, oder sie zeigt uns die Kommunisten als Opfer der Intrigen nichtkommunistischer Parteien, die insgeheim im Jahre 1948 einen Umsturz vorbereitet hätten; deswegen wären die Kommunisten aus Notwehr, aus Sorge um die Republik und um die Errungenschaften der arbeitenden Klasse gezwungen gewesen, die Volksdemokratie mit Hilfe der Arbeitermassen zu retten².

Die im Exil entstandene Literatur leidet ebenfalls — sofern ihre Autoren nicht verbissene Feinde alles Tschechoslowakischen oder all dessen sind, was in der tschechischen und slowakischen Nation demokratische Elemente repräsentiert hat — an einem bestimmten Grad von Voreingenommenheit: Entweder läßt sie jede Verantwortung den demokratischen Ministern auf, die im Februar 1948 demissionierten — ohne reiflich erwogen zu haben, ob es nicht eine andere Alternative gegeben hätte —, oder sie zieht aus übertriebenem Feingefühl eine Trennungslinie zwischen Präsident Eduard Beneš und den nichtkommunistischen Politikern der Kriegs- und Nachkriegszeit. Dabei wird vergessen, daß es sich bei Beneš wie bei den anderen größtenteils um Personen handelt, die eigentlich zu ein und derselben Garnitur gehörten. In einer ernsthaften und wahrheitsgetreuen Betrachtung steht sogar, daß „sich die Londoner Emigration . . . gebärdete, als würde sie die Freiheit nach Hause bringen. In Wahrheit aber brachte sie eine fast vollkommene kommunistische Revolution“³.

An einer anderen Stelle erklärt der Autor derselben Publikation, „sie (die Londoner Emigration — Anm. J. F.) hätte weniger stolz beginnen und lieber als Büßer nach Hause zurückkehren sollen“. Doch wenn wir sowohl die Personen, die im Westen die Erneuerung der Tschechoslowakei vom 15. März 1939

¹ K o z á k, Jan: Možnost revolučného využitia parlamentu pri prechodu k socializmu a úloha ľudových mas [Möglichkeit der revolutionären Auswertung des Parlaments während des Übergangs zum Sozialismus und die Aufgabe der Volksmassen]. Příspěvky k dějinám KSČ. Prag 1957—58.

² K r á l, Václav: Cestou k únoru [Auf dem Wege zum Februar]. Svobodné Slovo. Prag 1963, und andere Publikationen dieses Verfassers.

³ P e r o u t k a, Ferdinand: Byl Beneš vinen? [War Beneš schuld?]. Paris 1949, New York 1973.

bis zur rühmlich-unrühmlichen Rückkehr nach Prag im Mai 1945 vorbereitet haben, als auch die Ereignisse jenes Zeitraumes näher betrachten, dann können wir bei aller Wertschätzung nicht übersehen, daß Eduard Beneš im Vordergrund jedweder Aktivität stand und von 1940 an der Initiator aller entscheidenden Schritte war. Zwischen den Personen des ausländischen tschechoslowakischen Staatsapparates — mit Sitz in London — und Präsident Beneš kann man ebensowenig eine Trennungslinie ziehen, wie man Churchill und Roosevelt von allen politischen und kriegesischen Ereignissen oder Lenin von der Oktoberrevolution trennen kann. Benešs Verdienste — enorme Verdienste — sind in erster Linie seine Meriten; aber auch fehlerhafte Erwägungen und Schritte belasten wiederum in erster Linie seine Persönlichkeit. Die Londoner Emigration — das ist vor allem Dr. Eduard Beneš.

Die Hauptprobleme

In meinem Kriegstagebuch, dessen Torso ich trotz oftmaligem Übersiedeln von einem Ort zum anderen vor Beschädigungen bewahrte, findet sich am Freitag, den 28. März 1941, diese Eintragung:

„Um halb drei politischer Ausschuß beim Präsidenten. Er redet fast bis fünf Uhr allein. Hin und wieder kommt jemand zu Wort. Er verteidigt leidenschaftlich München. Alles habe er damals bedacht. Da die Verbündeten unser Opfer nicht wollten („Wir haben Prag und das ganze Land den deutschen Flugzeugen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“), mußten wir kapitulieren und warten, bis der Krieg ausbricht und so wirkt, daß es die anderen büßen müssen. So ist es auch gekommen.

Er pflichtet bei: Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, wäre unsere Kapitulation eine furchtbare Sache gewesen. In diesem Falle hätte es sicher wie ein Verrat an der Geschichte ausgesehen, weil es besser sei, am Schlachtfeld zu verbluten, als in der Sklaverei elend zugrunde zu gehen. Er habe die Kapitulation angenommen, weil er wußte, daß es zum Krieg käme und wir als die Letzten zu Wort kommen würden, während die anderen, die daran schuld seien, ordentlich Hiebe bekommen müßten. Auch Amerika müsse jetzt Waffen liefern . . . (als Ersatz für jene — Anm. J. F.), die wir durch Amerikas Schuld den Deutschen aushändigen mußten. — Von den historischen Grenzen spricht er auch skeptisch. Wir müßten damit rechnen, daß Großbritannien nach diesem Kriege „nach Amerika gehen wird“ (es wird politisch und wirtschaftlich von den USA abhängig sein — Anm. J. F.); um Europa werde es sich nicht mehr kümmern. „Wir müssen uns bemühen, bei uns so wenig als möglich Deutsche zu haben. Nicht zu sehr auf die Diplomatie vertrauen. Sie ist das gemeinste Gewerbe. Nicht das einfachste, sondern das gemeinste!“ (Im Tschechischen ein Wortspiel: Nejsprostší = gemeinste, nejprostší = einfachste — Anm. d. Ü.). Dann zeigt er auf der Landkarte, was seiner Meinung nach in irgendeiner Form von Böhmen und Mähren abgetrennt — er sagt nicht „abgetreten“ — werden sollte. Er hat diese Kantone im Sinn, will sich aber vor so vielen Leuten nicht eingehend äußern. Das versteht nur derjenige, der seinen Plan kennt. Man

sieht, daß er die Meinungsverschiedenheit der Anwesenden fühlt. Und deshalb strengt er sich derart an, daß er mir fast leid tut. Ich nehme einen sehr traurigen Eindruck mit. Ein enttäuschter Mensch (er spricht mit einer furchtbaren Abneigung von Frankreich und England), er glaubt nicht den Demokratien . . .“

Ich zitiere diese Eintragung, um zu zeigen, welche Probleme das Sinnen und Trachten des Präsidenten von allem Anfang unserer auswärtigen Aktion an beherrschten. Das Erste und für ihn offensichtlich Wichtigste war die Beweisführung, daß seine Entscheidung, nicht zu kämpfen und sich dem Diktat Hitlers und der westlichen Großmächte zu beugen, richtig war. Daß das einer Kapitulation entsprach, und daß er persönlich für sie die volle Verantwortung übernahm, bezeugen seine eigenen Worte in dem Buch „Mnichovské dny“ („Die Münchner Tage“).

In dieser Beziehung spricht Beneš ganz aufrichtig und ehrlich. Da er von der Unvermeidlichkeit eines kriegesischen Konflikts überzeugt war, nahm er an, daß Hitler nach München seine Aggression fortsetzen und daher früher oder später Frankreich, Großbritannien und die USA zu einer bewaffneten Intervention zwingen werde — ja selbst die Vereinigten Staaten, deren Präsident ihm während der Münchner Krise empfahl, den Frieden zu retten⁴.

Benešs Prognose aus der Münchner Zeit wurde schon Ende März 1941 bestätigt, als der Besuch — den ich in meinem Tagebuch erwähne — der Mitglieder des politischen Ausschusses des Staatsrates stattfand (Ich war Mitglied dieses Ausschusses). Es kam zum Konflikt der Waffen, Frankreich war bereits geschlagen, Großbritannien kämpfte um Sein oder Nichtsein und wurde von den USA vorläufig nur durch Waffenlieferungen unterstützt. Da buchte Eduard Beneš auch schon seine ersten politischen und diplomatischen Erfolge: Aus dem ursprünglichen Pariser Nationalausschuß ging die Tschechoslowakische Regierung im Ausland hervor. Ihr unterstanden tschechoslowakische Militäreinheiten; sie besaß die Möglichkeit, Staatsanleihen abzuschließen und auf dieser Basis sowohl in Großbritannien als auch überall in der freien Welt ihre staatlichen Einrichtungen — d. h. den Staatsrat, vertretende Behörden u. ä. — zu organisieren. Diese Regierung besaß allerdings nur Interimscharakter; gemäß der Formulierung britischer Stellen repräsentierte sie nicht die Tschechoslowakei, sondern nur das tschechische und slowakische Volk in der Heimat und im Ausland, das sich nach der Wiederherstellung seines Eigenlebens sehnte.

Das war ein Erfolg, erkaufte durch harte Arbeit und die unwahrscheinliche Geduld Benešs. Zwar erkannten die französische Regierung bis zu ihrem Fall und die britische Regierung unter Premier Chamberlain die Konsequenzen des 14. und 15. März 1939 nicht an; beide Regierungen aber wollten sich hinsichtlich der Wiederherstellung der tschechoslowakischen staatlichen Souveränität nicht binden — und schon gar nicht bezüglich der ursprünglichen, der Vor-münchner Grenzen.

Damit es wenigstens zur Anerkennung der tschechoslowakischen Interimsregierung kommen konnte, mußten die Katastrophe Frankreichs — die alles

⁴ Beneš, Eduard: Mnichovské dny [Münchner Tage]. Prag 1947, S. 332.

wegfegte, was eine dekadente Regierung repräsentiert hatte — und die durchgreifende Änderung in Großbritannien vorangehen, die endlich einen prinzipiellen Gegner der Hitler Tyrannie an die Spitze der Regierung brachte, Winston Churchill.

Beneš stand also im März 1941 vor einer für ihn persönlich sehr wichtigen, aber auch schwierigen Aufgabe: Er mußte die Regierung Großbritanniens bewegen, ihre Unterschrift unter dem Münchner Abkommen im Laufe des Krieges zu widerrufen und dadurch den Übergang zur weiteren Etappe zu ermöglichen; sie sollte in der vollen Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung im Ausland — mit allen Attributen der Regierung eines souveränen Staates — gipfeln. Keine kleine Aufgabe! Es war nicht leicht, selbst die uns geneigten britischen Staatsmänner zu überzeugen, daß sie durch einen Komplex derartiger Akte die Verpflichtung für die Nachkriegsordnung Mitteleuropas übernehmen sollten.

Bittere Anfänge

Je länger die verantwortlichen politischen Persönlichkeiten zögerten, desto stärker äußerte sich der Widerstand der Bürokratie des britischen auswärtigen Dienstes gegen ähnlich verbindliche Akte. Vor Beneš türmten sich also noch im Frühjahr 1941 fast unüberwindliche Hindernisse auf. Dazu kam, daß sein Denken von den Erinnerungen an die bitteren Anfänge in den Jahren 1939 und 1940 beherrscht wurde, als noch Neville Chamberlain britischer Premier und Lord Halifax Außenminister war.

Aus den heute schon öffentlich zugänglichen britischen Dokumenten geht hervor, daß damals Politiker und Bürokratie Ihrer Majestät die Existenz der tschechoslowakischen Legation nur als provisorisch betrachteten. Im Sommer 1939 hatten sie sogar die Absicht, sie zu schließen.

Am 28. Juli 1939 wandte sich Eduard Beneš als Privatperson mit einem eigenhändigen Schreiben an Lord Halifax. Er schrieb, wie ihm zu Ohren gekommen sei, stelle die britische Regierung Erwägungen an über die weitere rechtliche Existenz der tschechoslowakischen Legation in London. Er machte den Empfänger des Briefes darauf aufmerksam, daß die Schließung der Legation bei den Menschen in der Tschechoslowakei ernste moralische Schäden hervorrufen würde: Denn die Tschechoslowaken würden — wenn vielleicht auch irrtümlich — aus so einem Akt ersehen, daß die britische Regierung das Protektorat de jure anerkannt habe. Auch die deutsche Propaganda würde das Ende der Tätigkeit der tschechoslowakischen Vertretungsbehörde in London gehörig zu ihrem Vorteil ausnutzen. Beneš ersuchte ferner Lord Halifax, er möge erwägen, welch verhängnisvolles Schicksal Tausende tschechoslowakischer Bürger treffen würde, die zur Zeit in London lebten — Bürger, die das Protektorat nicht anerkannten. Mit einem Schlag wären sie des konsularischen Schutzes beraubt und würden ihre Staatsangehörigkeit verlieren.

Auf diesen Brief antwortete Lord Halifax am 31. Juli zwar höflich, aber sehr kurz: Er wisse, Beneš erwarte nicht, daß er ihm in diesem Brief irgendetwas darüber mitteile, welche Entscheidung die Regierung Ihrer Majestät trifft;

aber er versichere Beneš — den er „My dear Monsieur Benesh“ (Hervorhebung — J. F.) titulierte —, er werde veranlassen, daß alle in seinem Brief enthaltenen Folgerungen den Regierungsmitgliedern vorgelegt würden⁵.

In welchem Maße damals die Existenz der tschechoslowakischen Legation bedroht war, beweisen die Memoranden, die zwischen leitenden Beamten des Foreign Office und Außenminister Lord Halifax ausgetauscht wurden. So vermerkte Sir Orme Sargent, Unterstaatssekretär im F. O., am 4. September 1939: „Ich stimme zu, es wird notwendig sein, über die Zukunft der tschechoslowakischen Legation in diesem Lande nachzudenken. Wir hatten die Absicht, sie im Herbst zu liquidieren. Wir müssen uns auch verständigen, welche Stellung wir gegenüber Dr. Beneš einnehmen sollen, der jetzt in diesem Lande ist.“ Auf dieses Memorandum reagierte am 5. September der höchste Beamte des Foreign Office, Sir Alexander Cadogan: „Ich setze voraus, daß eines unserer Kriegsziele die Befreiung der tschechischen Nation sein muß; vorläufig ohne Verpflichtungen, wie ihr definitives Arrangement und Status sein wird.“ Lord Halifax schließt: „Es besteht kein Zweifel, daß es eines der Dinge ist, die wir erzielen wollen — aber ich würde mich nicht binden, sofern es darum geht, welche Form dieses erwünschte Ziel haben soll.“

In den ersten Anfängen von Beneš Aktion (1939, 1940) war also die Haltung der Briten ziemlich nebelhaft. Nichtsdestoweniger zeichnet sich der zwar beschwerliche, doch nach oben führende Weg ab — zur Wiederherstellung der tschechoslowakischen staatlichen Souveränität⁶.

Die Interimsregierung war das Ergebnis der Arbeit vieler Köpfe, vor allem über allen des Kopfes von Beneš. Gleichzeitig aber auch die Konsequenz aus dem Blutzoll, den die tschechoslowakischen Flieger in der Schlacht um England anboten und ebenso zahlten wie die tschechoslowakischen militärischen Einheiten an den Fronten des Krieges. Weitaus nicht die letzte Rolle spielten auch die Blutopfer des einheimischen Widerstandes und sein Beitrag zu den Kriegsanstrengungen der Alliierten, der sich an verschiedenen Abschnitten der Heimatfront zeigte.

⁵ Teilübersetzung der Briefe nach den Dokumenten des Britischen Auswärtigen Amtes F. O. 371/22898/183, 185.

⁶ Im Original (Dokumente des F. O. 371/22898) lauten die diesbezüglichen Notizen:

I agree, the future of the Czechoslovak legation in this country will now have to be reconsidered. We had intended to liquidate in the autumn.

Also we will have to settle what our attitude is to be towards Dr. Benes who is now in this country.

Sargent

Sept. 4

I suppose one of our war aims must be the liberation of the Czech people, without prejudice, for the moment, to their ultimate political structure and status.

AC

Sept. 5, 1939

It is no doubt one of the things we hope to be achieved — but I would not commit myself now as to the form such hoped for achievement might take.

H.

5.9.

Im März 1941 schien für außenstehende Betrachter und auch für viele Angehörige der ausländischen Aktion die Interimsregierung eine feste Garantie zu sein, daß die Tschechoslowakische Republik nach der Niederlage Hitler-Deutschlands in ihren ursprünglichen Grenzen wiederhergestellt werden würde. Nicht so klar war das für Beneš und seine engsten Mitarbeiter.

Beneš wußte vor allem gut Bescheid über den harten Widerstand der britischen Bürokraten. Es waren dieselben Leute, die Chamberlain den Boden für München vorbereitet hatten; naturgemäß stellten sie sich gegen Benešs Bemühungen, die Vormünchner Republik wiederherzustellen und auch dagegen, daß die Kompetenz der Regierung — die Beneš so mühsam zusammenstellte — in irgendeiner Art erweitert wurde. Deshalb klang die erwähnte Zusammenkunft des politischen Ausschusses des Staatsrates mit dem Präsidenten Ende März 1941 ohne sieghafte Akzente aus.

Der Tschechoslowakische Nationalausschuß

Benešs Weg zur Anerkennung der tschechoslowakischen Interimsregierung im Ausland säumten ferner innenpolitische Schwierigkeiten, die den Gegnern der tschechoslowakischen Sache vorteilhafte Argumente in die Hand gaben. Deswegen erkannten Frankreich und Großbritannien gleich nach Kriegsausbruch die Interimsregierung nicht an, sondern lediglich den Nationalausschuß mit Sitz in Paris, dem vielleicht die einzige ernsthafte Aufgabe anvertraut war: Die tschechoslowakische Land- sowie die Fliegerinheit im Rahmen der französischen Armee zu organisieren.

Zu den innerpolitischen Schwierigkeiten Benešs muß man auch die Aktion des Generals Prchala zählen, der in Warschau unter dem Schutz einer Beneš mißgesinnten Regierung seine politische und diplomatische Tätigkeit entfaltete. Dieser Klotz auf dem Wege zur Einigung der tschechoslowakischen Auslandsaktion wurde allerdings durch die totale Niederlage Polens und durch die sich aus ihr ergebenden Folgen beseitigt. Davor kam es zwar zu einer gewissen vagen Vereinbarung zwischen Beneš und Prchala; doch nach dem Zusammenbruch Polens trennte sich der General völlig von der Aktion Benešs.

Ein ernsteres und längere Zeit dauerndes Problem stellte der Pariser Gesandte Stefan Osuský dar, der sich bis nach dem Zusammenbruch Frankreichs in seiner Opposition gegen Beneš auf die juristische Tatsache stützte, daß sowohl Frankreich wie auch Großbritannien und die USA kein anderes offizielles Organ anerkannten als gerade die Legationen. Dazu kam — besonders in Frankreich — der von niemandem ausgesprochene, eher leise artikulierte Zweifel, ob diese Legationen die Tschechoslowakische Republik oder die Nachmünchner Tschecho-Slowakische Republik repräsentierten.

Im Interesse der Wahrheit muß festgestellt werden, daß die Situation der Legationen wirklich nicht einfach war. Sie wußten sehr gut, daß die Regierungen — beziehungsweise die Regierungsbükratien der betreffenden Länder — ihre Existenz anerkannten und dabei gut achtgaben, daß keine irgendwie geartete verfrühte Aktivität unserer Gesandtschaften eine eventuelle spätere Ent-

wicklung präjudiziere. Das galt besonders für die Zeit vor Ausbruch des Krieges, in Frankreich auch nachher; also für jene Jahre und Monate, in denen die „Münchner“ dieser Länder eine fieberhafte Tätigkeit in Richtung auf einen neuen Kompromiß mit Hitler entwickelten.

In Washington arbeitete der Gesandte Hurban, in London der Legationsrat Lisický. Beide stellten für die Aktion Beneš keine besondere Schwierigkeit dar. Hurbans Position wurde noch dadurch begünstigt, daß Beneš bei seinem Besuch in den USA im Jahre 1939 von Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Meinung demonstrativ empfangen wurde, und daß ihn Präsident Roosevelt zu einem Gespräch einlud.

Auch Legationsrat Lisický in London hatte keine besonderen Probleme. Denn Beneš respektierte den Wunsch der offiziellen britischen Kreise, nirgends öffentlich aufzutreten, sehr korrekt. Überdies äußerten nicht nur ein beachtlicher Teil der Bevölkerung, sondern ebenso Politiker, bedeutende Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten in ungewöhnlicher Weise ihre Sympathien für Beneš und die tschechoslowakische Sache.

In Frankreich war es anders. Daladiers Regierungsapparat nahm gegenüber der Person Beneš eine absolut negative Haltung ein; vielleicht spielte hier das schlechte Gewissen wegen der Münchner Unterschrift eine Rolle. Dazu kam noch, daß Defaitismus die breiten Massen tief durchdrang; die politische Rechte gab — wenn auch nicht öffentlich — der Linken die Hand unter dem demoralisierenden Motto: „Warum sollen wir für das reaktionäre Polen bluten, wenn wir für die demokratische Tschechoslowakei nicht in den Krieg gingen?“

Man muß wiederum feststellen, daß in der Haltung Frankreichs das Bestreben eine Rolle spielte, Mussolinis Neutralität zu erhalten. Der italienische Diktator gehörte nämlich zu den heftigsten Gegnern Benešs, unter dessen Vorsitz der Völkerbund im Jahre 1935 wirtschaftliche Sanktionen gegen Italien wegen des Angriffs auf Abessinien beschlossen hatte. Außerdem tradierten einige Benešgegner das Gerücht, daß Mussolini Beneš verdächtige, er habe einmal ein auf ihn geplantes Attentat finanziert.

Der Pariser Gesandte Stefan Osuský stand zwar mit Beneš in Kontakt, ja sie trafen sogar noch vor Kriegsausbruch in London zusammen. Aber ihre Gespräche verliefen ergebnislos, weil jeder eine andere Ausgangsposition hatte. Beneš zielte eindeutig auf eine von ihm geführte tschechoslowakische Aktion ab und erkannte nichts an, was in den Münchner Tagen und nachher geschehen war. Osuský war ebenfalls für die Wiederherstellung der tschechoslowakischen Republik; er verlangte jedoch, daß sowohl Beneš, als auch alle anderen einsehen sollten, man könne die Nachmünchner Ereignisse nicht ignorieren und zur Tagesordnung übergehen, als sei nichts geschehen. Damit meinte Osuský besonders die Demission Benešs vom Amt des Präsidenten; ihr zufolge war er bereit, auf der Basis einer Koordination, keinesfalls aber einer Subordination, zusammenzuarbeiten. Und dann die slowakische Frage . . .

Beneš, seine Mitarbeiter und auch einige kommunistische Autoren bezeichnen Osuskýs Standpunkt in der slowakischen Frage nur als Vorwand für die Meinungsverschiedenheit mit Beneš als Haupt der Aktion. Diese vereinfachte

Interpretation scheint mir nicht richtig zu sein. Sillein (Žilina) und die Entstehung eines selbständigen slowakischen Staates blieben weder bei Osuský, noch überhaupt bei den Slowaken ohne Echo, nicht einmal bei jenen, die ansonsten Anhänger des Gedankens der tschechoslowakischen nationalen Einheit waren. Das hat übrigens die Entwicklung der Ereignisse bis zum heutigen Tag bestätigt.

Trotz aller Konflikte und Unsicherheiten trat die Bedeutung Benešs mehr und mehr in den Vordergrund. Das war unbestreitbar auch das Verdienst seiner treuen Mitarbeiter wie beispielsweise Jan Masaryks, des Gesandten Jaromír Smutný, vor allem aber Hubert Ripkas. Er ließ sich nach kurzem Aufenthalt in London, wo er die noch heute gültige Geschichte der Münchner Ereignisse schrieb⁷, in Paris nieder. Hier errichtete er mit Hilfe seiner Journalistenkollegen Gustav Winter und Ivo Ducháček — denen sich nach Kriegsausbruch Jan Stránský und andere anschlossen — ein Informationsbüro. Dadurch hat Ripka eigentlich alles, was sich von der ehemaligen Position Eduard Benešs in Frankreich wiederherstellen und bewahren ließ, wiederhergestellt und bewahrt. Das hat sich am besten während der dramatischen Reise Benešs nach Paris vom 2.—21. Oktober 1939 gezeigt⁸.

Zu den Verdiensten Hubert Ripkas kamen — in vielleicht noch größerem Umfang — die Verdienste der Repräsentanten der tschechoslowakischen Armee und Luftwaffe hinzu: Ingr, Viest, Moravec sowie andere Offiziere und Soldaten, die sich in Übereinstimmung mit der einheimischen Untergrundbewegung — an deren Spitze General Eliáš stand — und ohne Rücksicht auf die offiziellen Standpunkte ausländischer Regierungen der Autorität Benešs völlig unterordneten. Sie respektierten den Präsidenten in der Kontinuität seiner Eigenschaft als Obersten Befehlshaber der Armee. Zweifellos zeigte sich hier eine Reaktion der Stimmung in Böhmen und Mähren (von der Slowakei wußte man in dieser Beziehung nicht viel), wo nach dem 15. März 1939 die öffentliche Meinung vollkommen zugunsten Benešs umschlug.

Die militärische Niederlage und der Zusammenbruch Frankreichs bereinigten schließlich — zumindest so weit es sich um die persönliche Seite handelte — die Disharmonie zwischen Beneš und Osuský; sie waren wirklich nicht klein gewesen.

Nicht unerwähnt kann man Bedeutung und Verdienste Monsignore Jan Šrámek lassen. Die französischen und tschechoslowakischen Gegner Eduard Benešs stellten eine beachtliche Kraft dar; ohne Šrámek wäre es ihnen vermutlich — wenigstens vorübergehend — gelungen, Beneš aus der tschechoslowakischen Auslandsaktion auszuschalten.

Jan Šrámek ging nicht aus eigenem Entschluß ins Exil. Die Anregung, die Heimat zu verlassen, ging von Lord Vansittart aus, der nach der Münchner Katastrophe unter den Beamten des Foreign Office weiterhin ein Gönner der tschechoslowakischen Sache blieb. Noch während sich Eduard Beneš im Frühjahr 1939 in den USA aufhielt, machte Lord Vansittart Hubert Ripka (er

⁷ Ripka, Hubert: *Munich Before and After*. London 1939.

⁸ Ausführliche Notizen und Korrespondenz enthalten: *Dokumenty z historie československé politiky* [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik]. Prag 1966, S. 18—55 (*Acta Occupationis Bohemiae & Moraviae* 1).

wirkte damals in Großbritannien) aufmerksam: Wenn es zu irgendeiner tschechoslowakischen Aktion im Ausland käme, werde es unerlässlich sein, daß an der Seite Beneš ein tschechischer Politiker konservativen Typs steht. Und schon bei dieser Unterredung kam Vansittart auf Šrámek zu sprechen. Vansittart wußte, daß die „Münchner“ Kreise sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien gegen Beneš heimlich mit dem Argument arbeiteten, es handle sich um einen ausgesprochenen Linken mit einer Vergangenheit, die durch Sympathien für die Spanische Revolution, den Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, Mussolinis Haß u. ä. belastet war. Deshalb schien Vansittart ein katholischer Priester, der zugleich ein wahrhafter Repräsentant katholisch orientierter Tschechen war, der geeignete Mann zu sein. Diese Meinung ließ Ripka dem Generalsekretär der Volkspartei (Lidová strana) in Mähren, seinem Freunde Pater František Hála, nach Prag bestellen. Der neunundsechzigjährige Jan Šrámek zögerte keinen Augenblick und reiste zusammen mit Hála illegal über Polen nach Großbritannien ab. Nach Einigung mit Beneš begaben sich dann beide nach Kriegsausbruch nach Paris. Hier machte sich Šrámek seine Popularität bei den linksorientierten französischen Katholiken zunutze. Er stand unter dem Schutz von Kardinal Verdier, der im Jahre 1935 als Vertreter des Papstes auf dem Eucharistischen Kongreß in Prag die Republik aus der Nähe kennengelernt hatte und ihr Gönner geworden war. Der Zufall wollte es, daß im französischen Außenministerium — das nach Abgang Bonnets Premierminister Daladier übernahm — gerade der Repräsentant dieser linksorientierten Gruppe, Alexandre Champetier de Ribes, Unterstaatssekretär war. Nebenbei: Zu dieser katholischen Gruppe gehörte auch der damals nicht übermäßig, später aber sehr bekannte Georges Bidault.

Šrámek hörte sich die Erläuterungen de Ribes', wie ungünstig die Situation für Beneš in Frankreich sei, und auch den Vorschlag an, er selbst möge wenigstens eine Zeitlang Kopf der Aktion werden. Doch Šrámek kannte die Stimmung in der Heimat und deshalb, wie auch aus persönlicher Überzeugung, beharrte er auf dem Standpunkt, ohne Beneš ließe sich keine Organisation aufbauen, die Erfolg im Ausland hätte und ein Echo im besetzten Vaterland fände. Champetier de Ribes gab schließlich nach; er habe die Ansicht Daladiers und der französischen Regierung geäußert, daß Beneš nicht Vorsitzender des sich bildenden Nationalausschusses sein dürfe (von einer Interimsregierung war nicht mehr die Rede). Daraufhin schlug Šrámek vor, man werde vorläufig nicht über den Vorsitzenden verhandeln und die Namen der einzelnen Mitglieder des Nationalausschusses der Öffentlichkeit in alphabetischer Reihenfolge mitteilen. Zu jenem Zeitpunkt genügte es Šrámek, daß in diesem Falle Beneš Name an erster Stelle erschien, was den französischen Politikern vermutlich entgegen würde.

Stefan Osuský, der Mitglied des Nationalausschusses wurde (es scheint, daß er es nur auf Verlangen französischer Stellen tat), stimmte der Vereinbarung nicht zu. Er war überzeugt, daß Šrámek dem Nationalausschuß mit Beneš den Vorrang vor der Interimsregierung ohne Beneš gab — und gerade über so eine Regierung hatte Osuský vorher verhandelt.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs und unter der Interimsregierung blieben viele Fragen offen. Sie machten Beneš Sorgen und hinderten ihn, schon im Frühjahr 1941 einerseits die volle Leitung, andererseits die absolute Verantwortung für all das zu übernehmen, was die tschechoslowakische Aktivität im Ausland in den nächsten Jahren erwartete. Doch was Beneš schon damals erzielte, war nicht wenig. Sämtliche mündlichen und schriftlichen Verhandlungen über die Anerkennung der Interimsregierung führte im Grunde genommen er selbst im Namen des Pariser Nationalausschusses, dessen Mitglieder damals unter großen Schwierigkeiten und auf verschiedenen Wegen aus dem geschlagenen, zerrütteten Frankreich nach England gelangten. Auch die personelle Zusammensetzung der Regierung und des Vorstandes des Staatsrates vereinbarte Beneš mit den Briten; zusätzlich gewann er die Zustimmung der zuständigen Personen, einschließlich Osuskýs. Trotz allem war jedoch Beneš nicht ganz zufrieden; er konnte es nicht sein. Denn seine persönliche Kompetenz und die der Regierung waren begrenzt. Das geht aus dem Briefwechsel zwischen ihm und Lord Halifax hervor, ein Briefwechsel, der in jener Zeit nur sehr wenigen tschechoslowakischen Politikern bekannt war.

Um welche Probleme ging es, welche Einschränkungen waren das? Bevor die Interimsregierung durch den Brief von Lord Halifax vom 21. Juli 1940 (in dem er Beneš „Eure Exzellenz“ titulierte) und durch die Erklärung Winston Churchills im Unterhaus vom 23. Juli desselben Jahres offiziell anerkannt wurde, tauschten Lord Halifax und Beneš Briefe, die zwei verschiedene Konzeptionen dieses Aktes enthielten. Am 9. Juli informierte Beneš den britischen Außenminister über die Umwandlung des Nationalausschusses in einen tschechoslowakischen Staatsapparat mit einem Präsidenten, Ministerpräsidenten, einer Regierung und einem Staatsrat. Beneš schloß sein Gesuch um Anerkennung mit den Worten: „Besonderer Dank gebührt jedoch der Regierung Ihrer Majestät für ihr Vorgehen nach den Ereignissen vom 15. März 1939, als sie es kategorisch ablehnte, die Besetzung unseres Landes anzuerkennen, und die tschechoslowakische Gesandtschaft in ihren politischen und rechtlichen Privilegien weiterhin anerkannte . . . Durch diese Handlungsweise hat sie die politische und rechtliche Fortdauer der Tschechoslowakischen Republik feierlich betont.“

Darauf antwortete Lord Halifax am 18. Juli: „ . . . Zu meiner Freude kann ich Ihnen antworten, daß die Regierung Ihrer Majestät grundsätzlich bereit ist, die tschechoslowakische Interimsregierung anzuerkennen. Die Regierung Ihrer Majestät hat zur Kenntnis genommen, daß diese Interimsregierung die repräsentative Regierung des tschechischen und slowakischen Volkes sein soll . . . Ich möchte auch gerne vorbringen, daß die Regierung Ihrer Majestät unumgänglich Ihre Schlußfolgerung teilt, die Sie im Brief gezogen haben: Daß nämlich die Regierung Ihrer Majestät durch ihr Vorgehen nach den Ereignissen des 15. März jedweden definitiven Standpunkt bezog, sofern es sich um die rechtliche Kontinuität der Tschechoslowakischen Republik handelt. Die Handlungsweise der Regierung Ihrer Majestät hatte den Sinn, gegen die von der deutschen

militärischen Aktion in der Tschechoslowakei bewirkten Veränderungen zu protestieren und zu betonen, daß diese Veränderungen, ihrer Ansicht nach, keine gesetzliche Grundlage hatten. Die Anerkennung der tschechoslowakischen Gesandtschaft in London sollte diese Tatsache charakterisieren⁹."

Beneš und Lord Halifax tauschten allerdings diese abschließenden Briefe nach vorheriger Vereinbarung. Ihr ging eine Reihe von Gesprächen und Memoranden zwischen Beneš und Cadogan voraus. Wichtige Mittelsperson zwischen ihnen war Bruce Lockhart, der in den Dienst beim Foreign Office zurückkehrte. Lockhart war zuerst als inoffizieller Verbindungsmann zwischen dem Präsidenten und seinem Büro, später als Vertreter der britischen Regierung (agent) bei der tschechoslowakischen Interimsregierung tätig. Ihre Interimität erlaubte nicht den Austausch rechtmäßiger Gesandter.

Der Sinn der abschließenden Briefe lag darin, daß die britische Regierung — auch wenn sie die tschechoslowakische Regierung anerkannte — auf ihrem Vorbehalt hinsichtlich der Kontinuität der Republik und ihrer Grenzen beharrte, Beneš dagegen auf seiner Konzeption von der Ungültigkeit Münchens und all dessen, was folgte.

Es ist die Erklärung angebracht, welche Gründe die britische Regierung zu diesen Vorbehalten bestimmten. Vor allem blieb für sie auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs die slowakische Frage offen. Umsomehr, als gerade in dieser Zeit der letzte Vormünchner Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Milan Hodža, nach London gelangte. Er machte in London auf die Wichtigkeit des slowakischen Problems aufmerksam und setzte so jene Tätigkeit fort, mit der er schon vor dem Zusammenbruch Frankreichs in Paris begonnen hatte. Durch seine Initiative waren in der französischen Hauptstadt ein eigener slowakischer und ein eigener tschechischer Rat entstanden, die allerdings nach dem nationalsozialistischen Sieg über Frankreich ihre Bedeutung verloren.

Hodža verlangte von Beneš eine Vereinbarung über ein neues staatsrechtliches Verhältnis der Tschechen und Slowaken. Er legte bei weitem mehr Gewicht darauf, Repräsentant der Slowakei zu sein, als auf seine Funktion als Vizepräsident der größten tschechoslowakischen Vorkriegspartei, der Agrarpartei. Hier müssen wir auch einen der Hauptgründe für die spätere Tragödie dieser Partei suchen: Da Hodža nicht als ihr Exponent auftrat, besaß sie weder im Exil, noch in der ganzen Aktion im Ausland einen einzigen politischen Repräsentanten von Bedeutung.

Eduard Beneš lehnte es ab, im Exil — wie er selbst sagte — einen neuen Pittsburger Vertrag abzuschließen und verwies sowohl Milan Hodža als auch die Briten auf die Nachkriegszeit; auf das Recht, daß in einer so wichtigen Angelegenheit die Tschechen und Slowaken erst zu Hause, nach der Befreiung, entscheiden sollten. Nach einigem Zögern fügte sich Hodža dem Drängen der Briten; seine Zustimmung zur Konstituierung von Benešs Staatsapparat äußerte er durch Übernahme der Funktion des Vizepräsidenten des Staatsrates. Hier spielte wiederum der Vermittler Bruce Lockhart eine wichtige Rolle.

⁹ Beneš, Eduard: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947, S. 158—161.

Es war allerdings eine rein formelle Zustimmung; de facto hat Hodža diese Funktion nie übernommen. Dadurch gab er zu erkennen, daß er sich zwar im Interesse der Sache gefügt hatte, politisch aber in keiner Beziehung zufrieden war.

Das slowakische Problem blieb weiterhin offen. Diese Tatsache bewirkte unbestreitbar eine erhebliche Schwächung der tschechischen und slowakischen nicht-kommunistischen Parteien nach 1945.

Die Sudetendeutschen

Der zweite, ebenso ernste Grund, den die Briten als Ursache für ihre Vorbehalte bei der Entstehung des tschechoslowakischen Staatsapparates anführten — und auf dem sie bis Juli 1941 beharrten — war die Aktion der Sudetendeutschen (hauptsächlich und vor allem der deutschen Sozialdemokraten) unter Führung von Wenzel Jaksch. Mit der ganzen Problematik und ihrem tragischen Abschluß befaßten und befassen sich noch heute berufene Autoren¹⁰, doch seien der Vollständigkeit halber hier einige kurze Anmerkungen gemacht.

Wenzel Jaksch und die Majorität seiner Genossen verlangten für ihre aktive Beteiligung am Kampf um die Erneuerung der Republik eine schriftliche Vereinbarung, die ihre nationalen Rechte etwa so garantierte, wie sie vor München im sogenannten vierten, Henlein angebotenen Plan formuliert waren. Der Präsident lehnte ihre Forderungen a priori nicht ab. Er war sich bewußt, welche moralischen Werte und Kräfte damals in Großbritannien hinter Jaksch und seiner Bewegung standen, die bis zum letzten Augenblick der Republik treu geblieben war. Gerade auf diese Kräfte vertraute Jaksch, als er Beneš Aufforderung ablehnte, vorläufig ohne irgendwelche Vorbehalte und Bedingungen an der Befreiungsaktion teilzunehmen und alles andere auf eine spätere Zeit zu verschieben.

In praxi hätte das vor allem bedeutet, daß Jaksch seinen Anhängern nach Kriegsausbruch die Weisung geben sollte, in die sich formierenden tschechoslowakischen militärischen Einheiten einzutreten. Diese Aufforderung Beneš lehnten Jaksch und die Mehrheit seiner Genossen ab. Sie zogen es vor, in britische Einheiten einzutreten; denn sie wollten, daß die Sudetenfrage weiterhin eine internationale Frage blieb. Sie befürchteten, daß ohne vorherige Abmachung ihre Teilnahme am tschechoslowakischen Widerstand aus dieser Frage wieder eine rein innenpolitische Angelegenheit machen könnte.

Präsident Beneš fühlte auch hier, wie weit er von seinem Endziel, der Vor-münchner Republik, entfernt war. Die Haltung Jakschs enttäuschte ihn sehr,

¹⁰ Beneš: Paměti 303—311. — Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. 3. erw. Aufl. Köln 1967. — Bachstein, Martin K.: Die Politik der Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptrepräsentanz des deutschen Exils aus der Tschechoslowakischen Republik. In: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. München-Wien 1971, S. 65—100. — Bachstein, Martin K.: Die Exilpolitik der Tschechoslowakischen Auslandsregierung im Jahre 1941. In: Das Jahr 1941 in der europäischen Politik. München-Wien 1972, S. 77—94. — Brügell, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1939—1946. München 1974.

auch wenn er mit ihm zeitweise Kontakte unterhielt, bei denen beide gleich reserviert waren. Jaksch war sich lange nicht im klaren darüber, daß die ihm von einigen Beamten des Foreign Office entgegengebrachten Sympathien keine derartige politische Realität darstellten, wie sie die tschechoslowakische Interimsregierung und ihr Staatsapparat bereits repräsentierten.

Nach 1941 verschlechterte sich die Situation der Sudetendeutschen wesentlich. Im Juli dieses Jahres erkannten Großbritannien und die Sowjets die tschechoslowakische Regierung als rechtmäßige Regierung an; die Sowjets akzeptierten die rechtliche Kontinuität der Ersten Republik; die britische Regierung erklärte durch den Mund ihres Außenministers Eden, sie betrachte sich aller aus dem Münchner Abkommen resultierenden Verpflichtungen enthoben, die Deutschland vorsätzlich gebrochen habe.

Die USA, die in den Krieg eintraten, erkannten die tschechoslowakische Regierung ohne Vorbehalte an. Auch China, als vierte kriegführende Macht, und viele andere Staaten erkannten durch Ernennung ihrer Gesandten bei der tschechoslowakischen Regierung ihre Vollberechtigung an. Gegen Edens Deklaration im Unterhaus protestierte Jaksch telegraphisch bei den Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas, im Foreign Office trug er seinen Protest mündlich vor. Das verstimmte allerdings nicht nur Beneš, sondern auch viele Freunde Jakschs unter den Mitgliedern der Regierung und des Staatsrates, vor allem Hubert Ripka, der sich bis zu diesem Zeitpunkt aufrichtig um einen Kompromiß zwischen Beneš und Jaksch bemüht hatte.

Beneš, in seiner Position durch die Entwicklung an den Fronten und durch seine Verhandlungen mit der Sowjetunion gestärkt, verlor mehr und mehr Interesse an Jaksch. Die dauernden Bemühungen britischer Stellen um einen Frieden zwischen Beneš und dem Spitzenpolitiker der sudetendeutschen Sozialdemokraten bestärkten auf der anderen Seite Jaksch in dem Glauben, seine Angelegenheit werde schließlich doch nur international geregelt werden. Diese Illusion nahm ihm erst der Vorsitzende der Labour Party, Minister Attlee; er teilte Jaksch in einem Brief vom Oktober 1944 eindeutig mit, die Sudetenfrage sei eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei.

Während sich in den Jahren 1940—1944 diese Dinge abspielten, reifte in den Überlegungen Beneš ein Plan, durch den er zielbewußt zunächst die teilweise und schließlich die vollständige Trennung der Tschechen von den Deutschen in den böhmischen Ländern anstrebte. Anfangs kehrte er zu seinen Gedanken aus den Tagen der Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Damals war Beneš vielleicht als einziger nicht so siegestrunken wie die übrigen Führer der tschechischen Nation und mit ihnen das ganze Volk. Beneš erinnerte sich, welche Schwierigkeiten er überwinden mußte, bevor ihm sowohl in Frankreich als auch hauptsächlich in England der diplomatische Sieg gelang, den die Regierung eines tschechoslowakischen Staates in einer Zeit darstellte, da das Territorium noch völlig zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte. Beneš war sich dessen bewußt, daß 1918 eigentlich ein Nationalitätenstaat geboren wurde, dessen gutes Viertel das wirtschaftlich und kulturell entwickelte, selbstbewußte deutsche Element bildete.

zen Böhmens nach Abtretung gewisser Gebiete an Deutschland zeigte. Über diesen Plan hat Beneš sowohl mit seinen engsten Mitarbeitern, als auch mit den Briten und Wenzel Jaksch des öfteren diskutiert. Bei den Briten fand er von Anfang an keine Zustimmung; sie wollten sich auf keine Weise an irgendeine Vereinbarung hinsichtlich der Nachkriegsgrenzen — und zwar nicht bloß in Mitteleuropa — binden.

Auch ein Teil der Minister und der Mitglieder des Staatsrates ging mit seinem Plan nicht konform; das ließ sich aus dem ersten Entwurf der Antwort des Staatsrates auf seine Botschaft herauslesen. Den Entwurf überarbeitete sein Autor schließlich so, daß der genehmigte Text nicht die Kritik am Plan des Präsidenten enthielt¹³. Summa summarum lehnte auch Jaksch den Plan ab. Er dachte an die gesamte deutsche Bevölkerung und damit an den vierten Vörmündner Plan.

Der Präsident ließ sich jedoch durch Jakschs Widerstand nicht abbringen. Er wartete geduldig den Zeitpunkt ab, da ihm die weitere Entwicklung des Krieges zu Hilfe kommen würde. Es genügte ihm, daß — wie schon erwähnt — die Stimmung in der Heimat auf seiner Seite war.

Der Kriegseintritt der Sowjets half ihm anfangs nicht in dieser Angelegenheit. Die Kommunisten in der Heimat und im Ausland hielten — offensichtlich gemäß den Weisungen Moskaus — an ihrer These vom Recht der Sudetendeutschen auf Autonomie bis zur Abtrennung fest. Dann aber trat bei den Sowjets unter den Schlägen der Wehrmacht eine Wendung ein, und damit auch bei den kommunistischen Parteien: „Der vaterländische Krieg“ und „Tod den Okkupanten“ traten an die Stelle der 3. Internationale. Ihr revolutionäres Lied wurde durch eine Staatshymne ersetzt.

Als Folge des U-Boot-Krieges und der Kämpfe in Afrika änderten auch die Briten ihre traditionelle Einstellung zu den Deutschen. Doch bei all diesen Veränderungen beharrte Beneš auf seinem ursprünglichen Plan: Transfer der deutschen Bevölkerung bei Grenzkorrekturen; ein Transfer, der die Gesetze der Menschlichkeit beachtete. Das bezeugt Benešs Memorandum, das am 19. Januar 1942 Minister Eden übergeben wurde.

Seine diplomatische Aktion in dieser Richtung beendete Beneš dadurch erfolgreich, daß er nach und nach die grundsätzliche Zustimmung zum Transfer von der britischen, sowjetischen und ebenso von der Regierung der Vereinigten Staaten erreichte. Das erwies sich schließlich auf der Konferenz der Großmächte in Potsdam¹⁴.

Doch wie alles andere, so nahmen die Sowjets nach dem Jahre 1945 Beneš auch diese Angelegenheit aus der Hand. Und die Sowjets gaben dann gemäß ihrem Plan, demagogisch allen niedrigen Trieben zu willfahren (im Krieg und unmittelbar darauf mangelt es bei keiner Nation an solchen Trieben, besonders

¹³ Dokumente: 149, 3. April 1941 und 181, 5. Juni 1941. In: Dokumenty z historie cesko-slovenske politiky 1939—1943 [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939—1943]. Prag 1966 (Acta Occupationis Bohemiae & Moraviae 1).

¹⁴ Beneš: Paměti 331.

aber nach so einem Krieg, den Hitler auf den Schlachtfeldern und im Hinterland führte), der ganzen Aktion eine Tendenz und einen Charakter, der nicht zu den lichten Seiten der tschechischen Geschichte gehören wird.

Der kommunistische Druck in Angelegenheiten des Transfers und der Re-tributionsgesetze kann allerdings weder Beneš noch die nichtkommunistischen Mitglieder der Regierung, des Staatsrates und der Interimsnationalversammlung, die die entsprechenden Dekrete mitunterschrieben oder bekanntgaben, auch nur im geringsten entschuldigen. Die dadurch an der nationalen Moral verursachten Schäden trugen ebenfalls zur Schwächung des nichtkommunistischen Lagers bei und führten auch zum Februar 1948.

Die tschechoslowakisch-polnische Föderation

Zu registrieren wäre ferner eine wichtige außenpolitische Aktion, mit der Präsident Beneš und seine Regierung in London begannen: Es handelte sich um eine tschechoslowakisch-polnische Föderation.

Der Gedanke, man könne über so etwas Ähnliches schon während des Krieges verhandeln, entstammte wohl eher den Überlegungen Churchills als denen Beneš oder Sikorskis, damals Ministerpräsident der polnischen Regierung im Exil. Wie bekannt, hat Churchill die Zerstückelung einer Staatsorganisation, wie sie die österreichisch-ungarische Monarchie darstellte, nicht gebilligt. Churchill sah es als Fehler an, daß nach dem Ersten Weltkrieg anstelle eines einheitlichen Staates eine ganze Reihe kleiner Nachfolgestaaten geschaffen wurde, die notwendigerweise große wirtschaftliche Schwierigkeiten haben mußten und nicht fähig waren, ihre Unabhängigkeit militärisch-strategisch zu verteidigen. Churchill zog daher die Folgerung, eine tschechoslowakisch-polnische Föderation könne der Anfang einer Revision der Fehlentscheidung des Versailler Vertrages und ein wichtiger Schritt zur Neuorganisation Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg sein.

Mit welchen Gefühlen Sikorski an dieses Projekt herantrat, kann und will ich nicht erläutern. Von Beneš weiß ich allerdings, daß er in dieser Hinsicht skeptisch war, obgleich an der Spitze der polnischen Regierung ein von den Fehlern des Regimes Beck unbelasteter Mann stand. Sicher hat zu seiner Skepsis auch die Tatsache beigetragen, daß die polnische Regierung im Exil den Pariser Nationalausschuß nicht anerkannte.

Beneš wußte selbstverständlich, daß selbst mit Sikorski ein Übereinkommen hinsichtlich Teschens (Těšínsko) nicht leicht sein würde. Er wollte sich auch nicht vorzeitig durch ein enges Verhältnis zu sehr an Polen binden, ohne die spätere Entwicklung beim größten und mächtigsten Nachbarn Polens berücksichtigt zu haben. Es war nicht abzuschätzen, welche Haltung die Sowjetunion gegenüber dem wiederhergestellten Polen und seiner Ostgrenze einnehmen würde.

Nichtsdestoweniger eröffnete Beneš die Verhandlungen. Er hoffte, dadurch werde sich die Position der tschechoslowakischen Interimsregierung bei der britischen Regierung verbessern. Denn Partner der voll anerkannten polnischen Regierung konnte auf die Dauer nicht — nach seinem Urteil — bloß eine tschechoslowakische Interimsregierung sein.

Beneš gab Weisung, ein gemeinsames Organ für die bevorstehenden Gespräche über eine Föderation zu bilden. Die tschechoslowakische Interimsregierung vertraten die Minister Jan Masaryk, Hubert Ripka, Juraj Slávik und Ladislav Feierabend. Dieses Organ bildete dann seine Unterausschüsse für Ökonomie, Information, militärische Angelegenheiten u. a. Es war interessant zu verfolgen, wie die später leidenschaftlichen Gegner der tschechoslowakisch-polnischen Föderation (z. B. Bohumil Laušman) eifersüchtig um die Mitgliedschaft in einem dieser Unterausschüsse kämpften.

Zur ersten Grundsatzerklärung der polnischen und tschechoslowakischen Regierung kam es schon am 11. November 1940. Dann aber entstanden Schwierigkeiten, die Beneš vorhergesehen hatte. Da ernannte beispielsweise die polnische Regierung in ihrer Rada narodowa (Analogie zu unserem Staatsrat) als Vertreter Teschens einen tschechoslowakischen Bürger dieses Gebietes, was begreiflicherweise bei den Tschechoslowaken erheblichen Unwillen hervorrief. Ferner unterstützte die polnische Regierung moralisch und finanziell die Opposition gegen den tschechoslowakischen Staatsapparat im Exil, General Prchala, Schwarz und andere¹⁵. Außerdem erregte es die Tschechen, daß hier und dort in der polnischen Presse Andeutungen erschienen, als ginge es um eine polnisch-slowakisch-tschechische Föderation. Ähnliche kleinere Reibereien und Konflikte könnte ich mehr aufzählen. Es ist mir zwar nicht bekannt, ob sich auch unsere Seite irgendwelche Entgleisungen zuschulden kommen ließ, doch möchte ich sie nicht ganz ausschließen.

Der Hauptgrund, warum die Verhandlung über die Föderation ins Stocken geriet, lag jedoch auf einem anderen Gebiet. Die Polen dachten an einen möglichst engen föderativen Bund. Unsere Delegation schlug gemäß den Instruktionen Benešs eine Föderation „sui generis“ vor; das sollte zwei souveräne Staaten bedeuten, die nur einige Organe gemeinsam haben sollten. Zu diesen Disharmonien kam dann noch hinzu, daß sich trotz der Verhandlungen über eine Föderation auf der britischen Seite in Richtung einer vollen Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung nichts rührte. Beneš verlor daher auch das ursprüngliche Interesse am ganzen Plan.

Man muß allerdings wissen, daß weder Churchill noch Eden der gute Wille fehlte, Benešs Regierung als vollberechtigt anzuerkennen. Das bezeugt am besten Churchills Memorandum vom 20. April 1941¹⁶, adressiert an das Britische Auswärtige Amt, sowie Edens zustimmende, auf das Memorandum geschriebene Notiz. Doch die leitenden Beamten sabotierten, wie schon erwähnt, die Angelegenheit. Churchill und Eden hatten damals bedeutend wichtigere Sorgen und Aufgaben: Das isolierte Großbritannien litt Nacht für Nacht unter den Angriffen der deutschen Luftwaffe, gleichzeitig kämpfte es einen verzweifelten Kampf gegen Hitlers U-Boote um den Atlantik, auch im Mittelmeer war Großbritannien stark engagiert. Die Beschränktheit der staatlichen Bürokraten

¹⁵ Feierabend, Ladislav: Prag-London vice-versa. Bonn-Bruxelles-New York o. J., Bd. 1, S. 266; Bd. 2, S. 33.

¹⁶ Dokumente des Foreign Office: Prime Ministers Personal Minute. Serial M. 456/1.

führte einerseits Jaksch irre, bereitete aber auf der anderen Seite den Boden für Benešs Ostpolitik vor; indirekt aber erleichterte diese Beschränktheit von vornherein das später beginnende raffinierte Spiel der Sowjets mit dem Präsidenten.

Die tschechoslowakisch-polnischen Verhandlungen wurden freilich das ganze Jahr 1941 hindurch fortgesetzt. Das beruhigte die Briten, und Beneš erreichte schließlich auch die stille Zustimmung Moskaus: Während eines vertraulichen Gespräches versicherte er dem Botschafter Maiski, daß „wir uns zu nichts verpflichtet haben und dauernd von den Polen verlangen, sie sollten sich mit Rußland einigen. Maiski billigte unsere Politik der Konföderation mit Polen; ich mußte ihm ausdrücklich bestätigen, daß es sich um eine Konföderation, nicht um eine Föderation handle“¹⁷.

Derartige Zusicherungen konnte Beneš Maiski ruhig geben; er war sich allzu klar bewußt, daß seine Ansichten über die Entwicklung der Dinge, vor allem seine Meinung über die künftigen Beziehungen zur Sowjetunion, diametral von den Ansichten des Generals Sikorski differierten. In dieser Hinsicht kam es am 26. Januar 1941 zu einer wichtigen und charakteristischen Begegnung. Beneš erklärte Sikorski, seiner Ansicht nach sei ein deutsch-sowjetischer Krieg zum Greifen nahe, und fügte hinzu: „... ohne die Sowjetunion können die Polen und wir Tschechen den europäischen Krieg nicht gewinnen!“ Beneš notierte auch die Antwort Sikorskis: „Das, was Sie sagen, wäre für uns alle eine Katastrophe.“

Trotz aller dieser Gegensätze veröffentlichten die Regierungen der Tschechoslowakei (zu dieser Zeit schon voll anerkannt) und Polens Ende Januar 1942 eine gemeinsame Deklaration, in der sie ausführlich den Gedanken der Konföderation konkretisierten. Die Deklaration hatte allerdings eher einen propagandistischen als einen anderen Charakter. Die Unterschriften der Außenminister beider Regierungen verliehen ihr jedoch die Eigenart irgendeines Vertrages. Bei den Verbündeten (außer bei den Briten, die begreiflicherweise informiert waren) rief das Dokument eine Sensation hervor und gleichzeitig eine Krise zwischen der tschechoslowakischen Regierung und Moskau.

In meinem Kriegstagebuch ist einerseits meine Kritik dieser ganzen Aktion festgehalten, andererseits Ripkas Verteidigung des Vorgehens der tschechoslowakischen Regierung beim „Verhör“ durch den sowjetischen Gesandten Bogomolow. Hier hat vermutlich zum letzten Mal ein tschechoslowakischer Minister die Eigenberechtigung seiner Regierung gegenüber den Sowjets verfochten, was aber nur ein weiterer Nagel in den Sarg von Ripkas Karriere im Außenministerium war.

Es hat vielleicht einigen Wert, den wesentlichen Teil meiner Kriegsaufzeichnungen zu diesem Punkt zu zitieren:

„Ich möchte mir heute (Donnerstag, den 29. Januar 1942) die Entwicklung der Vorgänge um die tschechoslowakisch-polnische Deklaration systematisch notieren.

Die Deklaration rief eine ungewöhnliche Sensation und Debatten hervor.

¹⁷ Dokument 198, 12. Juli 1941. In: Dokumenty 240.

Meiner Ansicht nach unnötig, und verschuldet durch Ungeschicklichkeit beim ganzen Arrangement. Wer sich die Deklaration durchliest und wie ich weiß, daß sie niemand ernst nimmt, muß sie als Propagandainstrument hauptsächlich gegenüber den USA betrachten; dort ist jetzt auch der Gedanke an größere Staatsgefüge in Mode. Die Polen haben auch andere Gründe für eine Propaganda: Zu beweisen, daß sie mit ihren Bestrebungen nicht allein dastehen u. ä. Das schlechte Arrangement bestand darin, daß unsere und die polnische Regierung ein viel zu großes Getöse um die Deklaration machten; beispielsweise riefen die Unterschriften der Außenminister den Eindruck hervor, letztlich handle es sich doch um einen Vertrag. Ferner wurde die Majorität der bei uns akkreditierten Diplomaten überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt. Denen etwas mitgeteilt wurde, z. B. dem Vertreter der UdSSR oder dem politischen Ausschuß des Staatsrates, denen gab man es in Form von Thesen zu verstehen — ohne zu sagen, daß eine öffentliche Verlautbarung mit Unterschriften der Minister und der ganzen Propagandatrommel vorbereitet werde.

Die Deklaration erregte deshalb alle Verbündeten außer England, hauptsächlich die UdSSR (das zeigte sich in der Depesche Fierlingers, der das in Moskau zu spüren bekam und einen Protest schickte, als wäre er nicht Beamter unserer Regierung, sondern Kommissar bei den Sowjets gewesen). Die Deklaration erregte überhaupt alle Tschechoslowaken, besonders die Mitglieder des Staatsrates (hier wiederum bekam es Bechyně zu fühlen. Siehe seine Erklärung im Staatsrat am Dienstag). Die Tschechoslowaken sind dagegen aus grundsätzlichem Widerstand gegen die Polen; und der ist, bei der Erinnerung an die Zeit nach München, allgemein. Die polnische Haltung hinsichtlich Teschens, die auch die heutige Regierung einnimmt, gießt nur Öl ins Feuer. (In diesen Tagen soll in den polnischen Nationalrat ein Mitglied ernannt werden, das nach Karwin [Karvinná] zuständig ist. Das spielt sich nach der feierlichen Erklärung der Deklaration ab. Also was denn für eine Alliance und Brüderlichkeit, sagen sich die Eingeweihten.)

Ich rege mich selbstverständlich nicht so sehr auf, eigentlich überhaupt nicht, weil ich den Hintergrund dieses Spiels kenne. Er besteht darin, daß Beneš (selbstverständlich der geistige Vater des Ganzen, denn Ripka ist nur ein gehorsames und wirklich gutes Instrument; Ripka hat alle Fehler, die man ihm jetzt vorwirft, wahrscheinlich absichtlich gemacht. Es war einer der Tricks, alles und nichts zu sagen) Beruhigung bei den reaktionären Engländern und Amerikanern erreichen wollte, die befürchteten, wir würden uns mit Volldampf den Sowjets in die Arme werfen. Zweitens aber und hauptsächlich war das eine Belastungsprobe für die Sowjets; wie weit es Stalin mit seinen Erklärungen ehrlich meint, daß sich die Sowjets in die Souveränität der slawischen Völker nicht einmischen wollen, für deren Befreiung gekämpft wird. Das erstere gelang Beneš vollkommen. Reaktion und Konservative (zu denen auch die Labour gehört) zu beiden Seiten des Atlantik atmeten auf und klatschten in ihrer Naivität Beifall. Das letztere, die Belastungsprobe, glückte schon weniger gut.

Schließlich — und das ist die Hauptsache — äußert der sowjetische Gesandte bei unserer Regierung, Bogomolow, sein Befremden; er horcht unsere Beamten

aus (Hejret, morgen geht Kraus zu ihm) und beordert unsere Kommunisten zu sich. Aus dem, was Hejret von der Unterredung mit Bogomolow meldet, geht hervor, daß er Anstoß nimmt: 1.) Daß er nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß in Kenntnis gesetzt wurde (in diesem Punkt beging wahrscheinlich Bogomolow dadurch einen Fehler, daß er die Unterredung mit Ripka, in der ihm Ripka alles in getarnter Form sagte, nicht ernst nahm und seiner Regierung nicht meldete; jetzt bekam er einen Rüffel. Den Text der Deklaration erhielt Bogomolow schriftlich und spät, zum Teil durch Unordnung bei uns, hauptsächlich aber in der sowjetischen Legation). 2.) Daß die Deklaration zu weit geht und einem Vertrag ähnlich sieht. Sie könnte zu einem Instrument der von den Sowjets nicht anerkannten polnischen Ansprüche (Litauen und die anderen baltischen Staaten, Westukraine u. ä.) werden. 3.) Die Deklaration enthält keine Bestimmung, daß alles nur ein Plan ist, der der Billigung und Ratifikation durch die konstitutionellen Institutionen nach Befreiung und Durchführung freier Wahlen unterliegt.

Als Ripka heute nach Hause kam, habe ich versucht, ihm diese meine Einstellung zur ganzen Affäre klarzumachen. Ich stimme mit dem Gedanken überein, nicht aber mit der Durchführung und mit all dem Hokusfokus. Es war vergeblich. Ripka ist von seiner ‚Diplomatie‘ berauscht, die nach meinem Urteil zum Teufel gehen muß, wenn die Welt gesunden soll. Ein gutes Pendant zu diesem Hausieren des Präsidenten mit unseren Grenzen, mit dem Transfer usw.! Das hat sich heute beim Mittagessen mit Winant, dem amerikanischen Gesandten, wiederholt. Beneš erklärte seinen Plan und trachtete zu beweisen, daß auch die USA an seiner Durchführung interessiert sein müßten.“

„Freitag, den 30. Januar: Heute nacht kamen wir im Zimmer bei Ripka zusammen, der uns brühwarm von seinem Gespräch mit Bogomolow erzählte, das er heute abend beim Nachtmahl, in Gegenwart von Tschitschajew (Legationssekretär der sowjetischen Gesandtschaft) und Hejret, absolvierte. Das Gespräch verlief so: Bogomolow stellte Fragen, in denen Kritik an der polnisch-tschechoslowakischen Deklaration enthalten war:

1. Bildet die polnisch-tschechoslowakische Vereinbarung ein Ganzes mit der griechisch-jugoslawischen Vereinbarung? Dieser Eindruck entstand einerseits dadurch, daß die griechisch-jugoslawische Vereinbarung von Telegrammen unserer und der polnischen Regierung begleitet wurde, wobei unserer Regierung der Standpunkt der Sowjets zu dieser Vereinbarung und die Haltung jener Regierungen zu den Sowjets bekannt sein mußte. Fernerhin entstand dieser Eindruck dadurch, daß unsere und die polnische Deklaration durch einen Irrtum unserer Sekretärinnen, die die Note geschrieben haben, mit einer die griechisch-jugoslawische Vereinbarung betreffenden Resolution verbunden war (Irrtum und Versehen wurden von Ripka sofort aufgeklärt).

2. Gemäß der Deklaration bezieht sich die polnisch-tschechoslowakische Deklaration auch auf andere Staaten jenes europäischen Gebietes, mit dem die Lebensinteressen der Tschechoslowakei und Polens verbunden sind. Gemäß der Präambel der Deklaration wird vom Raum zwischen dem Baltischen und dem

Ägäischen Meer gesprochen. Das bedeutet nach Bogomolow: Zum baltischen Gebiet gehören Rußland, die baltischen Staaten und Deutschland. Ripka: Danach also bedeutet ägäisches Gebiet: die Türkei, Italien, England. Bogomolow: Es geht nicht um das ägäische Gebiet, sondern um das baltische, und dazu gehört Deutschland. Ripka: Wir werden uns nicht über die geopolitischen Begriffe dieser Gebiete streiten; nach unserer Meinung aber liegt Deutschland nicht im baltischen Gebiet. Polen ist für uns baltisches Gebiet. Oder wollen Sie vielleicht bestreiten, daß Polen baltisches Gebiet ist? Bogomolow: Aber Polen kann auf Litauen bestehen. Ripka: Kann es nicht. Bogomolow: Gemäß der Deklaration betrifft es Staaten, mit denen die Lebensinteressen Polens oder der Tschechoslowakei verbunden sind. Ripka: Keineswegs der Tschechoslowakei oder Polens, sondern der Tschechoslowakei und Polens. Das ist ein Unterschied. Bogomolow: In der Deklaration steht eine Alternative. (Tschitschajew holt die Deklaration und stellt fest, daß Ripka recht hat. Da steht Tschechoslowakei und Polen.)

3. Warum ist die Deklaration von Ministern unterschrieben? Die Unterschriften ändern die Deklaration in einen Vertrag um. Dann entwickelt sich eine linguistische Diskussion, wie ‚Deklaration‘ ins Russische zu übersetzen sei. Die Übersetzung der Gesandtschaft behauptet, ‚Deklaration‘ wäre mehr als ‚Beschluß‘. Ripka weist nach, daß ‚Deklaration‘ und ‚Beschluß‘ dasselbe sind. Ripka interpretiert eine Deklaration als unterschriebenen Beschluß (Resolution).

4. Warum wird in der Deklaration nicht ausdrücklich gesagt, daß sie erst von der befreiten Nation ratifiziert werden wird, obwohl davon in den tschechischen Thesen die Rede ist? Das versteht sich ganz von selbst; und dann, wenn es ausdrücklich gesagt wäre, dann würde die Deklaration den Charakter einer Resolution verlieren und die gewichtigere Natur eines Übereinkommens, eines Vertrages gewinnen, der ratifiziert werden muß. Schließlich: Daß sie zu Hause ratifiziert werden wird, ist sowohl im Exposé des Staatsrates, als auch in der Rundfunkansprache gesagt worden. Bogomolow: Dort ist das nicht so klar. (Tschitschajew bringt den entsprechenden Text und wiederum wird festgestellt, daß Ripka recht hat.)

Ripka unterbricht endlich das ‚diplomatische Verhör‘ durch die Bemerkung, er sei doch sehr überrascht, hier einem Verhör unterworfen zu werden, das die Loyalität der tschechoslowakischen Regierung untersucht. Es scheint, daß hier nicht volles Vertrauen herrsche, obwohl die Regierung der ČSR schon Loyalität bewiesen habe, bevor die Sowjetunion von den Deutschen überfallen wurde.

Darauf sagte Bogomolow, zur tschechoslowakischen Regierung bestehe volles Vertrauen, die so unformell gestellten Fragen deuten auf ein freundschaftliches Verhältnis, und von irgendeinem Verhör könne man nicht reden. Er spreche einfach so, wie man unter besten Freunden freiheraus spricht. Darauf begann Bogomolow, lange seine Erklärung darüber zu erörtern, wie verfrüht es sei, irgendwelche Pläne für die Zukunft zu machen. Die Welt sei in großer Umwandlung begriffen, deren Tragweite man gar nicht zu Ende denken könne. Hauptsache, jetzt den Krieg zu gewinnen.

Darauf erklärte Ripka die Konzeption unserer Außenpolitik. Wir suchen dauernd Verbindung mit allen, vorzugsweise mit der Sowjetunion. Doch indem wir das Einvernehmen mit allen suchen, drücken wir die Überzeugung aus, daß Deutschland nur ‚mit vereinten Kräften‘ geschlagen werden kann. Abschließend bemerkte Ripka, man mache England und Amerika den Vorwurf, sie hätten keine Konzeption. Aber wir wissen auch nichts — zumindest nicht offiziell — über die Konzeption der Sowjets. Wir wissen, daß Stalin und Eden einige Vorstellungen von der Welt nach dem Kriege näher besprochen haben. Wir hören, daß die Sowjetunion Anspruch auf Ostgalizien erhebt, doch amtlich wissen wir nichts davon.

Bogomolow: Würde es Ihnen etwas ausmachen, mit uns eine gemeinsame Grenze zu besitzen? Ripka: Unser Standpunkt ist Ihnen bekannt. Wir würden gerne Ihre Pläne genauer kennen. Wir informieren Sie rechtzeitig über alle unsere Pläne und Absichten; gerne würden wir etwas über die Ihrigen hören. Bogomolow: Kann ich das als offizielle Mitteilung betrachten? Ripka: Ja.

Damit trennten sie sich sehr herzlich. Das Gespräch dauerte von acht bis halb zwölf, in der Wohnung Bogomolows, 3, Addison Road. Beim Aufbruch sagte Tschitschajew heimlich zu Ripka, er müsse heimlich mit ihm zusammenkommen. — Ripka hat heute seinen Part ausgezeichnet gespielt, das glaub’ ich gern — aber mein gestriges Urteil habe ich nicht geändert.“

Von dieser Zeit an verfolgte Moskau jede Bewegung der tschechoslowakischen Regierung viel aufmerksamer; und der Gesandte Bogomolow bemühte sich bei jeder Gelegenheit, auf die Mitglieder der Regierung und des Staatsrates einzuwirken, um das tschechoslowakisch-polnische Verhältnis möglichst zu schwächen. Die Unnachgiebigkeit der Polen hinsichtlich Teschens (noch Anfang 1943 proklamierten sie in ihrem Nationalrat die Integrität des polnischen Territoriums vom 1. September 1939) hat Bogomolow sehr geholfen. Das diplomatische Zerwürfnis zwischen den Sowjets und der polnischen Regierung sowie die Ereignisse an der Ostfront bewirkten dann, daß der Gedanke einer polnisch-tschechoslowakischen Föderation „sui generis“ nur noch der Geschichte angehörte.

In die polnische Geschichte und in das Schicksal der polnischen Regierung in London griff dann Präsident Beneš noch Ende 1943 während seines Besuches in Moskau und Anfang 1944 ein, als er Churchill in Marrakesch besuchte, ebenso nach seiner Rückkehr nach London, bei Gesprächen mit den polnischen Politikern Mikołajczyk und Stańczyk. Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag enthielt nämlich eine Klausel, derzufolge auch eine andere Macht dem Vertrag beitreten konnte. Als Beneš diesen Vertrag konzipierte, dachte er an Polen. Und so kam es zwischen Beneš, Stalin und Molotow zu einem Gespräch über die Polen und ihre Regierung. Der Präsident verurteilte zwar — wie Jaromír Smutný notiert hat¹⁸ — die polnische Regierung in London und das Vorkriegsregime in Polen, aber er legte ein gutes Wort dafür ein, daß Stalin

¹⁸ Ma st n ý, Vojtěch (Columbia University New York): The Beneš - Stalin - Molotov Conversations in December 1943: New Documents. JbGO NF 20 (1972) 367—402.

verhandeln, Mikołajczyk unterstützen und ihm so helfen solle, eine sowohl für die Tschechoslowakei, als auch für Rußland annehmbare Regierung zu bilden. Stalin versprach, es zu versuchen; ja, er trank sogar auf die Gesundheit Mikołajczyks, den — wie sich später zeigte — dieser Zutrink das Leben kosten konnte. Stalin hatte nämlich schon in Moskau in Gestalt des Lubliner Komitees seine polnische Satellitenregierung in Reserve, die dann die Tschechoslowakei und die übrigen großen und kleinen Verbündeten nach und nach als polnische Regierung anerkannten.

Innere Angelegenheiten

Es ist angebracht, von der außenpolitischen Thematik abzugehen und sich den inneren Angelegenheiten zuzuwenden. Gewiß, man kann die Behörden und Institutionen des tschechoslowakischen Staatsapparates in London kritisieren, hauptsächlich ihren in manchen Sektionen aufgeblähten bürokratischen Apparat und die latente Krise in der militärischen Landeinheit. Auf der anderen Seite muß man jedoch anerkennen, daß sowohl die Behörden, als auch verschiedene Institutionen bemerkenswert gearbeitet haben. Das beweist vor allem die Schnelligkeit, mit der im durch Krieg und Luftangriffe bedrohten London — und dazu in einer fremdsprachigen Umgebung (die meisten Diplomaten und hohen Offiziere beherrschten Französisch und weit weniger Englisch) — die Ministerien errichtet wurden; das beweisen auch Geschicklichkeit und Tempo der Rekonstruktion des diplomatischen Apparates bei den verbündeten und befreundeten Regierungen sowohl in London als auch in Übersee, mit einem wirksam funktionierenden Informationsdienst. Dazu kam eine gut arbeitende soziale Fürsorge, ein Gesundheitsdienst (Tschechoslowakisches Rotes Kreuz), ein Volks- und Mittelschulwesen, ja sogar die Möglichkeit, daß Militärmediziner ihre Studien unter dem Schutz der Oxford-Universität erfolgreich abschließen konnten.

Das ist nur eine sehr knappe und trockene Aufzählung der Tätigkeitsbereiche der Regierungsstellen und ihrer untergeordneten Institutionen in Großbritannien. Schließlich ließ sich auch die von Unzufriedenheit geschwächte Landbrigade konsolidieren und so in eine Panzereinheit umorganisieren, daß sie für Fachautoritäten eine verlässliche Waffe darstellte.

Der tschechische Realismus und das Organisationstalent, verbunden mit einer gewissen Bescheidenheit (selbst in finanziellen Dingen), trugen im Vergleich mit anderen, zahlenmäßig stärkeren und reicheren Exilregierungen allgemeine Bewunderung ein.

Sicher schuf Eduard Beneš durch sein diplomatisches Geschick eine ausreichend solide Basis für diese Tätigkeit. Ihre Entfaltung beruhte jedoch auf der mühevollen und opferfreudig geleisteten Alltagsarbeit seiner Minister und vieler qualifizierter Zivil- und Militärpersonen. Im Vordergrund all dessen stand die tschechoslowakische Luftwaffe, zahlenmäßig zwar klein, doch groß durch ihre Tüchtigkeit und ihren Mut. Und dann der ausgezeichnete Nachrichtendienst.

So positiv kann man von der rein moralischen und organisatorisch technischen Seite sprechen. Anders stand es schon auf rein politischem Gebiet; hier blieb Benešs Fähigkeit, zu führen, sichtlich hinter seinem diplomatischen Können zurück, hier waren seine Gedankengänge nicht so klar und zielbewußt. Beneš stand zweifellos unter dem Einfluß jenes Komplexes, den er aus der Heimat in die Emigration mitgebracht hatte: Während der ganzen zwanzigjährigen Dauer der Republik wurde er nicht einmal für eine Weile zum erfolgreichen innenpolitischen Faktor. Er war entweder im Schatten stärkerer und erfahrenerer Persönlichkeiten gestanden (Švehla, Rašín, Bechyně, Šrámek, in beträchtlichem Maße auch Hodža), oder genötigt gewesen, weniger starke politische Individualitäten zu respektieren, die sich aber auf die Massen organisierter Wähler und auf die Apparate politischer Parteien stützten.

Daher resultierte sein Widerwille gegen alle politischen Parteien, einschließlich der eigenen. Ich besitze eine Notiz über das Gespräch Benešs mit Klecanda-Kalvoda, der sich ihm gegenüber beschwerte, wie wenig er respektiert werde. Beneš belehrte ihn, daß es in der Politik leider Gottes notwendig sei, nicht bloß zu erwägen, was für ein Mensch der Politiker ist, sondern — und das vor allem — wieviele Leute hinter ihm gehen oder stehen.

Emigriert waren allerdings nicht die politischen Parteien und ihre Apparate, sondern lediglich Personen von größerer oder kleinerer Bedeutung und Format. Dazu kam, daß sich nicht abschätzen ließ, in welchem Maße die politische Bedeutung des einen oder anderen durch die Katastrophe der Jahre 1938 und 1939 verringert worden war. In dieser Hinsicht fühlte sich Beneš freier; bestimmte Fesseln und Gewichte, die zu Hause seinen Einfluß auf die Innenpolitik begrenzt hatten, existierten nicht mehr.

Schon aus Amerika machte er seine Mitarbeiter darauf aufmerksam, daß es nicht möglich sein werde, die Befreiungsaktion nach dem Prinzip und auf der Basis der politischen Parteien der Ersten Republik zu organisieren. Die politische Struktur der Emigranten könne das Verhältnis der politischen Parteien in der Republik nicht widerspiegeln. Dieses Argument bekräftigten die Stimmen der militärischen Repräsentanten und ebenso die Rücksicht auf die Wichtigkeit unserer Legationen wie auf die diplomatischen Vertreter überhaupt. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen blieb im Ausland, obwohl ihnen die Regierungen, bei denen sie akkreditiert waren, eine weitere Tätigkeit zumindest offiziell nicht erlaubten.

Übrigens entsprach Benešs These unter anderem auch der Stimmung zu Hause¹⁹. Deshalb paßte sich ihr die Mehrzahl der Politiker an, die nach und nach emigrierten. Wer mit Benešs These von Anfang an nicht konform ging, war der sozialdemokratische Minister, politische Sprecher der Partei und langjährige Ministerpräsident der Regierungen der Ersten Republik, Rudolf Bechyně. Wie Milan Hodža und Štefan Osuský — und im Unterschied zu Jan Šrámek, Jaroslav Stránský und anderen — reklamierte Bechyně für sich in der Beziehung zu Beneš eher die Beziehung eines Partners. Bechyně dachte nicht

¹⁹ Grňa : Sedm roků 237 f.

daran, sich mit der Aufgabe eines Politikers zufrieden zu geben, der ohne vorherige Vereinbarung gewillt war, Benešs Entscheidungen anzuerkennen und sich ihnen bedingungslos unterzuordnen.

So geriet Bechyně nicht nur mit Beneš in Konflikt, sondern auch mit seinen Parteigenossen Němec, Bečko und Nečas, die ohne seine Zustimmung Mitglieder der Interimsregierung wurden.

Bechyně, der um sich herum sehr schnell so etwas wie einen sozialdemokratischen Ausschuß bildete (er wurde Vorsitzender, Bohumil Laušman Geschäftsführer), bestand darauf, daß gerade dieser Ausschuß das Recht habe, seine Repräsentanten in die Regierung zu entsenden; diese Repräsentanten würden dann dem Exekutivausschuß für ihre Tätigkeit verantwortlich sein.

Ich muß die Problematik der Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen auswärtigen Aktivität (československý zahraniční odboj) ausführlicher erläutern. In erster Linie deshalb, weil ich in der Entwicklung und Tragödie dieser politischen Partei in den Jahren des Zweiten Weltkrieges und nachher eine der Hauptursachen unserer nationalen und staatlichen Katastrophe sehe.

Unnötig ist es zu erklären: Ohne die mutigen und standhaften Führer dieser Partei der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg hätte sich die neu gegründete Republik kaum als demokratischer Staat erhalten. Die Sozialdemokratie und ihre treuen Kader bildeten besonders im Pilsner und Ostrauer Gebiet den stärksten Damm gegen die Wogen des Kommunismus, die sich als Folge der russischen Oktoberrevolution in unserer Nachbarschaft, vor allem in Deutschland und Ungarn, erhoben. Diese Stürme riefen auch in unserer Arbeiterbewegung eine derartige Spaltung hervor, daß die tschechoslowakische parlamentarische Demokratie für längere Zeit ernsthaft bedroht war. Festigkeit und Entschlossenheit der führenden sozialdemokratischen Parteipolitiker bewirkten, daß die hochgehenden Wellen langsam abebbten, daß sich das parlamentarisch-demokratische System konsolidierte, und daß gerade die Sozialdemokratie als zweitgrößte politische Kraft zu einer der wichtigsten und verlässlichsten Bastionen unseres politischen Systems wurde.

Überzeugungskraft und Disziplin bewiesen die Kader dieser Partei ebenso in der Zweiten Republik, als sie durch einige Elemente der tschechischen nationalen sozialistischen Partei verstärkt wurden. Sie stellten sich unter der neuen Bezeichnung „Nationale Partei der Arbeit“ vor und wurden am wenigsten vom moralischen Zerfall bedroht, den die Münchner Katastrophe hervorrief.

Auch in die Emigration kamen von allen politischen Parteien der Vorkriegsrepublik am meisten Funktionäre und ordentliche Mitglieder der Sozialdemokratie. Schon vor Kriegsausbruch gab es in Paris und London eine ganze Reihe führender Repräsentanten dieser Partei. Von Rudolf Bechyně war schon die Rede. Doch schon vor seiner Ankunft kamen im Auftrag des Parteivorsitzenden Hampl die Gewerkschaftler Bělina und Kosina nach London mit der Aufgabe, die Kontakte mit der britischen Labour Party, hauptsächlich mit ihren Gewerkschaften, aufrechtzuerhalten. In Paris war Jiří Stolz einige Jahre als Stellvertreter des Generalsekretärs der Internationalen Gewerkschaftsorganisation tätig; ihm schlossen sich außer niedrigeren Funktionären aus der Heimat

auch der ehemalige Vizebürgermeister der Stadt Brünn (Brno), Ečer, an. In London stand Bechyně auch sein engster Mitarbeiter zur Verfügung, der Redakteur der Zeitung „Právo lidu“, Karel Kříž.

Vor dem Zusammenbruch Frankreichs erschien der ehemalige Minister Jaromír Nečas auf der Szene; er verließ das Protektorat, wo er die Funktion des Vorsitzenden der Preisbehörde ausgeübt hatte. Ihm folgten zwei sozialdemokratische Abgeordnete von Bedeutung: Der Sekretär der Gewerkschaftsorganisation sozialdemokratischer Eisenbahner František Němec und Bohumil Laušman, der bis zur nationalsozialistischen Okkupation Generalsekretär der Nationalen Partei der Arbeit gewesen war. Němec' politische Bedeutung wurde dadurch unterstrichen, daß er vom Parteivorsitzenden Hampl ins Exil delegiert wurde. Diese Tatsache war Beneš gut bekannt. Laušmans Bedeutung lag wiederum darin, daß er Mitglied der einheimischen Widerstandsorganisation UVOD war, in der er die sozialdemokratischen Kräfte vertrat. Laušman mußte zusammen mit anderen prominenten Mitgliedern des UVOD („Ústřední výbor odboje domácího“ <Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes> — Anm. d. Ü.) — z. B. mit dem Volksparteiler Adolf Procházka, mit Prokop Drtina, dem Vertrauten Benešs, und mit dem Generalsekretär des UVOD, Professor Klecanda-Kalvoda — fliehen, als die Gestapo die ersten Spuren aufdeckte und den Abgeordneten Ladislav Rašín, ebenfalls Mitglied des UVOD, verhaftete. Im Ausland waren auch noch andere Protagonisten der Sozialdemokratie: Senator Vojta Beneš in den Vereinigten Staaten, der slowakische Abgeordnete Ján Bečko und später der slowakische Gewerkschaftler Pavel Viboch in London.

Nach Bildung der Interimsregierung standen auf der politischen Bühne zwei getrennte sozialdemokratische Gruppen. Die eine repräsentierte Rudolf Bechyně, dem sich Bohumil Laušman anschloß — entrüstet und beunruhigt, weil man ihn in den Staatsrat abschob, während Němec zum Minister ernannt wurde. Die andere Gruppe repräsentierten die Regierungsmitglieder František Němec und Ján Bečko. Ein weiteres Regierungsmitglied, Jaromír Nečas — zwischen diesem und Bechyně hatte nicht einmal zu Hause ein gutes Verhältnis bestanden —, gehörte im Grunde genommen keiner der Gruppen an; er neigte einmal dahin, einmal dorthin; je nachdem, welcher Wind aus der Präsidialkanzlei wehte. Nečas' Einfluß nahm sukzessiv ab, er trat aus der Regierung aus (an seine Stelle rückte Václav Majer) und starb im Januar 1945. Auch die politische Bedeutung von Stolz und Ečer, die in Paris gegen das Streben Benešs nach einer einigenden Autorität opponiert hatten, verschwand mit dem Zusammenbruch Frankreichs.

Für seine Opposition gewann Bechyně — neben Laušman — das slowakische Mitglied des Staatsrates, Ján Čaplovič, einen lutheranischen Priester, der bei den Slowaken in Jugoslawien tätig war, und den Hubert Ripka auf Anraten Gustav Winters in seinen Informationsdienst nach Paris berief. Auch Václav Patzak, der in die Emigration mit irgendeinem Mandat der sogenannten Petitionsbewegung „Věrní zůstaneme“ („Wir bleiben treu“) kam, schloß sich Bechyněs Opposition gegen die Regierung an. Diese Fraktion fand ein beträchtliches Echo bei den sozialdemokratischen Soldaten, die von Bechyněs Sohn, Leutnant Zde-

něk Bechyně, beeinflusst wurden. Begreiflicherweise waren sie geneigt, sich sowohl die Kritik über die Regierung in London anzuhören, als auch sich wirksam an dieser Kritik zu beteiligen.

Die öffentliche Meinung gegen die Regierung beeinflusste Bechyně zusammen mit Laušman, Patzak und Čaplovič durch eine Zeitschrift, die sie in London unter dem Titel „Nová svoboda“ („Neue Freiheit“) herauszugeben begannen. So hieß auch das Wochenblatt, das Bechyně einmal in der Heimat zur Zeit der Ersten Republik herausgegeben hatte.

Doch auch Němec und Bečko, die Benešs These von der Unzweckmäßigkeit politischer Parteien im Exil beipflichteten, waren nicht ganz isoliert. Von den Zivilisten stand auf ihrer Seite Karel Kříž, der sich von Bechyně trennte; von den Soldaten verfochten — nach anfänglichem Radikalismus und Abwägen — ihren Standpunkt treu und tapfer Václav Majer, Václav Holub und andere.

Ich habe schon erwähnt, daß es Rudolf Bechyně glückte, einen sozialdemokratischen Parteiausschuß zu bilden, an dessen Spitze Laušman stand. Mitglieder waren aber auch Jaromír Nečas bis zu seinem Tode, ebenso František Němec, Ján Bečko, das slowakische Mitglied des Staatsrates Viboch und Václav Majer. Sooft also Bechyně versuchte, seinen Willen den sozialdemokratischen Ministern und durch ihre Vermittlung der ganzen Regierung Šrámeks, hauptsächlich aber Eduard Beneš, aufzunötigen, scheiterte er am hartnäckigen Widerstand Němec' und Bečkos, Majers und Vibochs.

Der Präsident stand zwar hinter seinen Ministern, wünschte aber weder einen Bruch mit Bechyně, noch mit Laušman. Hinzuzufügen wäre, daß Zdeněk Fierlinger sich längere Zeit in London aufhielt; er machte aus seinen Sympathien für die Gruppe um Bechyně und aus seiner negativen Haltung gegenüber der Regierung Šrámeks kein Hehl. Und gerade Fierlinger hat sich Eduard Beneš als alten und vertrauten Freund besonders warm gehalten.

Solange die Sowjetunion nicht auf dem Kriegsschauplatz erschien, präziser ausgedrückt: solange sie nicht hineingezogen wurde, mußte dieses Spiel der Kräfte keine ernststen Folgen haben. In den Augen der Außenwelt stellte es so oder so nur einen natürlichen Wettstreit der innenpolitischen Kräfte dar; alle Beteiligten dieser Auseinandersetzungen wünschten sich doch eine Restaurierung des tschechoslowakischen Staates, auch wenn sie einige bestimmte Vorbehalte hinsichtlich seiner Gestaltung nach dem Kriege hatten.

Eine beträchtliche Stütze gegen Bechyně und seine anderen Opponenten fand Eduard Beneš bei den höchsten Offizieren, die nicht aus eigenem Entschluß ins Ausland gekommen waren, sondern auf Befehl der illegalen einheimischen Militärorganisation „Obrana Národa“ („Verteidigung der Nation“), an deren Spitze General Eliáš stand. Wie immer nach einer nationalen Katastrophe und besonders in Kriegszeiten, erhoben die militärischen Kräfte zu Hause und im Ausland ihre Stimme und gewannen an Bedeutung. Der Tenor dieser Stimmen forderte Beneš auf, er solle in die Auslandsaktion, sofern es sich nur ein wenig ermöglichen ließe, keine Politiker des ehemaligen Regimes einschalten. Unnötig zu sagen, daß Beneš solche Stimmen nicht unangenehm klangen; doch er war zu sehr Realpolitiker, um nicht die Berechtigung der britischen Wün-

sche anzuerkennen, daß sowohl die Regierung, als auch das Beratungs- und Kontrollorgan, der Staatsrat, politisch so repräsentativ als möglich sein mußten.

Beneš fand eine Kompromißlösung: Nicht etwa gegen seinen Willen und seine innere Überzeugung nahm er in die Regierung — außer Šrámek — nur Persönlichkeiten auf, die nicht zur Vormünder Führungsgarnitur gehört hatten. Beneš erreichte, daß sich die Briten damit zufrieden gaben, daß Bechyně und Hodža nur dem Staatsrat vorsitzen würden.

Es ist notwendig, über Persönlichkeit und tragische Entwicklung Rudolf Bechyněs etwas ausführlicher zu berichten. Wenn ich in den vorhergehenden Abschnitten die Verdienste sozialdemokratischer Führer aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen — namentlich aus den Anfängen der Republik — hervorheb, dann gebührt dieses Lob in erster Linie Rudolf Bechyně. Er hatte es auf sich genommen, seine Partei im politischen Koalitionsausschuß „Pětka“ („Die Fünf“) zu vertreten; damit übernahm Bechyně persönlich die Verantwortung für alle unpopulären und unsympathischen Maßnahmen, die diese Männer zum Schutz der blutungen parlamentarischen Demokratie treffen mußten. Einer von ihnen — Alois Rašín — bezahlte es mit dem Leben, er wurde von einem jungen Kommunisten erschossen. Auch den anderen vier Männern, besonders Bechyně, drohte in jenen Zeiten bei jedem Schritt ein gewaltsamer Tod.

Wegen seiner Teilnahme und Tätigkeit in der „Pětka“ war Bechyně bei den Kommunisten vielleicht der am meisten gehaßte sozialdemokratische Politiker. Unbeliebt war er auch beim linken Flügel der eigenen Partei, dem es schließlich gelang, Bechyně aus der „Pětka“ zu entfernen. Bechyně mußte auch gelegentlich verschiedener kleiner Affären und Unannehmlichkeiten die Person Eduard Benešs beim Vorsitzenden seiner Partei, Hampl, und bei anderen wichtigen sozialdemokratischen Politikern verteidigen.

Zu notieren wäre ferner, daß Bechyně zu jenen gehörte, die sich um die Wahl Benešs zum Präsidenten am meisten verdient gemacht haben; er traf die Vereinbarung zwischen Beneš und Hodža. Bechyně nahm auch die undankbare Aufgabe auf sich, die Demission des Präsidenten Masaryk vorzubereiten, dessen Kräfte rapide verfielen.

Auch nach München blieb Bechyně — im Gegensatz zu anderen — der er war. Er besuchte Beneš nach seiner Demission in Alttabor (Sezimovo Ústí) und inspirierte anschließend einen mutigen Artikel in der „Přítomnost“ („Die Gegenwart“). Der Artikel warf die Frage auf, ob Beneš allein an allem schuld sei, ob man nur ihn für alles verantwortlich machen könne.

Demnach ist nicht schwer zu verstehen, wie enttäuscht Bechyně war, als er plötzlich in London einen anderen Beneš als erwartet vorfand. Es existiert ein vielsagendes Dokument darüber, wie sich Beneš ihm im Exil vorstellte. Es wurde vom Gesandten Jaromír Smutný, dem vertrautesten Mitarbeiter des Präsidenten im Exil, aufgezeichnet. Er berichtet über das Gespräch Benešs mit Jaroslav Stránský, den der Präsident auf seinen Landsitz Aston Abbots rief, um ihn zu bewegen, den ursprünglichen Text der Antwort des Staatsrates auf seine Botschaft abzuändern. Eine Antwort, die für Beneš unangenehme Passa-

gen über München und seine Gedanken hinsichtlich der Korrekturen der historischen Grenzen und der damit verbundenen Aussiedlung der Sudetendeutschen enthielt²⁰.

Bei diesem Gespräch am 11. April 1941 kam man auch auf andere innenpolitische Fragen. Die Aufzeichnung Smutnýs lautet: „Beneš: ‚Ich behaupte immer, daß die zu Hause die Revolution machen werden, nicht wir hier. Hier haben wir keine Leute. An die Regierung muß eine neue Generation kommen . . . Rückkehr zum Alten ist unmöglich . . . Die denken sich, daß sie wieder die alten Parteien machen werden. Die sehen schon wieder Sekretäre usw. Ich habe es hier Bechyně gesagt: Sozialdemokratie ist Reaktion. Das wollte er nicht begreifen, angeblich machen sie die Revolution. Ihr macht keine Revolution, sondern organisiert die alte Partei. Die Sozialdemokratie hat ihre Aufgabe schon erfüllt und hat auch ausgespielt. Das, was zu Hause sozialistisch sein wird, das wird schon etwas ganz anderes sein. Nečas glaubt, er werde wiederum das soziale Programm erläutern . . .“

Man muß hinzufügen: Bei anderen Gelegenheiten hat Beneš seine Gedanken anders, wesentlich milder formuliert. Wie er sich Bechyně gegenüber geäußert und Stránský dargelegt hat — wobei er auch Stránský und seine Partei meinte —, das waren Gedanken, in denen er mit Zdeněk Fierlinger übereinstimmte. Man kann sich leicht vorstellen, daß diese Worte für die Moskauer Führung der tschechoslowakischen Kommunisten und für Moskau selbst Himmelsmusik waren. Fierlinger hinterbrachte sie, als er kurz darauf Gesandter in der sowjetischen Hauptstadt wurde.

Hier begann Rudolf Bechyněs unglücklicher Weg: Scheinbar nach links, in Wirklichkeit nirgendwohin. Von Beneš auch dadurch enttäuscht, daß er sich mit der weniger wichtigen Funktion des Staatsratsvorsitzenden zufrieden geben sollte, setzte er auf eine noch radikalere Karte als jene Benešs. Bechyněs langjähriger Kollege aus den Vorkriegsregierungen der Republik und aus der „Pětka“, der designierte Ministerpräsident Jan Šrámek, versuchte ihn von diesem Wege abzubringen. Šrámek gab vor, Bechyně für meine Kandidatur in den Staatsrat zu gewinnen — und wurde in jeder Beziehung abgewiesen.

Die Feindschaft Bechyněs zeigte sich manchmal im verborgenen, manchmal offen und führte schließlich zum völligen Bruch mit Beneš, zum Zerwürfnis zwischen den führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie im Exil sowie zur Unmöglichkeit, zwischen dieser Partei und den anderen Parteien der Nationalen Sozialisten und der Volkspartei (Lidovci) eine Vereinbarung zu treffen. Das alles hatte tragische Konsequenzen und trug zum Februar 1948 bei.

Ich habe die Gründe für Bechyněs Verbitterung und Haß aufgeführt, möchte aber damit nicht sein Vorgehen entschuldigen. Nach meinem Urteil war Bechyně nicht zu der Politik berechtigt, die er — als unbestreitbar stärkster Gegner von Benešs Staatsapparat — systematisch verfolgte. Trotz aller tatsächlichen und vermeintlichen Kränkungen hätte er seiner Vergangenheit treu bleiben müssen. Als Bechyně das Werk der Zerrüttung vollbracht hatte — die Beute

²⁰ Dokument 153, 11. April 1941. In: Dokumenty 198.

heimsten die Kommunisten und Fierlinger ein —, kehrte er verlassen und schon dem Grabe zugeneigt nach Hause zurück. Das Begräbnis, das ihm dann in Prag schon Fierlingers sozialdemokratische Partei bereitete, war nicht bloß die Bestattung Rudolf Bechyněs, sondern die Grablegung jener Partei, die er in der Ersten Republik repräsentiert, und der er sein Leben, seine Arbeit gewidmet hat. Bechyněs Begräbnis war ebenso ein Vorzeichen für die späteren Begräbnisse Jan Masaryks und Eduard Benešs. Alle drei symbolisierten das Trauergekläut hinter der Republik des ersten Präsidenten T. G. Masaryk.

Um das Bild zu vervollständigen, möchte ich die wichtigsten parteipolitisch wirkenden Kräfte der Auslandsaktion nennen. Von den tschechischen nationalen Sozialisten waren es vor allem die Abgeordneten Jaroslav Stránský, Jožka David, František Uhlíř und J. B. Kozák, der in den Vereinigten Staaten wirkte. Hubert Ripka und Prokop Drtina waren zwar in der Heimat organisierte Nationale Sozialisten, bekleideten aber — genauso wie ich — in der Ersten Republik keine Parteifunktionen. Als politischer Referent der Präsidialkanzlei beteiligte sich Prokop Drtina an keiner Parteiaktion oder -beratung in London; seine politische Position schuf er sich durch seine hervorragenden Sendungen unter dem Namen Pavel Svatý im Londoner Rundfunk. Der Professor der Karlsuniversität Vladimír Klecanda-Kalvoda hatte in der Heimat ebenfalls keine Parteifunktion, kam aber als Generalsekretär des UVOD ins Exil und wurde, wie andere Angehörige der einheimischen Aktion, automatisch Mitglied des Staatsrates. Zu den Nationalen Sozialisten gehörten ferner der populäre Journalist František Klátíl, der unter dem Pseudonym Tomáš Marný schrieb, der Redakteur des „České slovo“, Pavel Kavan, die Studentenführer Václav Paleček und Lubor Zink u. a.

Die Repräsentanten der Volkspartei habe ich bereits erwähnt: Jan Šrámek, František Hála, Adolf Procházka. Die Nationaldemokratische Partei hatte zwei Abgeordnete im Ausland: Ingenieur František Schwarz trennte sich allerdings nach dem Scheitern der Prchala-Aktion in Polen von Benešs Auslandsorganisation und blieb dauernd in Opposition. Der zweite Abgeordnete dieser Partei, Oberst Rudolf Smetánka, schloß sich ganz der Auslandsaktion an und wurde Mitglied des Staatsrates.

Die größte tschechoslowakische politische Partei vor dem Kriege, die Agrarpartei, besaß im Exil — wie ich bereits erwähnte — eigentlich keinen führenden Repräsentanten. Ihr ehemaliger Ministerpräsident Milan Hodža widmete sich konsequent slowakischen Fragen und dem Gedanken einer mitteleuropäischen Föderation; Parteiprobleme setzte er hintan. Auch der slowakische Agrar-Abgeordnete Ján Lichner, Mitglied der Interimsregierung, hielt sich eher für einen Vertreter der gesamtslowakischen Interessen als lediglich der Parteiinteressen.

Ladislav Feierabend, der als Mitglied des UVOD ebenfalls in die Emigration fliehen mußte, hatte in seiner Partei vor dem Kriege keine leitende Position ausgeübt; seine Bedeutung im Ausland beruhte darauf, daß er als Minister der Protektorsregierung kam und wahrheitsgemäß bezeugte: Der Ministerpräsident des Protektorates, Eliáš, und die Majorität der Mitglieder seiner Re-

gierung (einschließlich Präsident Háchá) stimmten mit Benešs Auslandsaktion überein. Erst gegen Kriegsende versuchte Feierabend in aller Eile, eine Agrariergruppe zu organisieren und forderte Beteiligung an den Moskauer Beratungen. Doch seine Bemühungen scheiterten²¹.

Dasselbe Schicksal erlitten, wenn auch in weit geringerem Maße, die Nationalen Sozialisten, Volksparteiler und treuen Sozialdemokraten, überhaupt alle Zivil- und Militärpersonen, Gruppen und Institutionen, die loyal am Grundsatz des Präsidenten festhielten, Parteipolitik habe in der Auslandsaktion keinen Platz. So gewannen die Kommunisten und ihre Trabanten — sie lehnten diesen Grundsatz von Anfang an ab und hielten ihre Zellen im Ausland, später vor allem in der Heimat mit Hilfe der Russen am Leben — einen Vorsprung und konnten sich die führenden Rollen und Schlüsselpositionen im staatlichen und nationalen Organismus erzwingen.

Uneinig waren auch die Slowaken. Auf der einen Seite bekannten sich der ehemalige Minister und Gesandte Juraj Slávik sowie der Abgeordnete Bečko eindeutig zur These der tschechoslowakischen nationalen Einheit, auf der anderen Seite gingen Milan Hodža (nach seinem Tode sein Sohn Fedor Hodža) und Ján Lichner vom Silleiner Abkommen (*Žilinská dohoda*) aus; demnach vom Prinzip der staatlichen Einheit, nicht vom Grundsatz der nationalen Einheit.

Grundlegende Fehler

Rückschauend, also nachträglich betrachtet, wird offenkundig: Nach Eintritt der Kommunisten in den Staatsrat hätten sich sofort die einander nahestehenden politischen Richtungen innerlich zusammenschließen müssen, beispielsweise die Nationalen Sozialisten mit den Sozialdemokraten. Denn eigentlich machten diese beiden Parteien in den Jahren der Ersten Republik ein und dasselbe; selbständig blieben sie nur mit Rücksicht auf das Verhältnismahlrecht, bei dem eine und eine Stimme des Wählers noch lange nicht zwei Stimmen darstellen. Auch Šrámek, Hála, Feierabend, Smetánka, vielleicht auch Slávik und andere hätten ihr Willenszentrum bilden sollen.

An etwas Derartiges war allerdings nicht einmal zu denken. Zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalen Sozialisten war jedwedes Einvernehmen unmöglich. Ursache waren nicht bloß die durch Bechyně hervorgerufene Spannung, sondern zumeist auch kleinliche persönliche Auseinandersetzungen und Eifersüchteleien zwischen den Nationalen Sozialisten und der Gruppe um Němec und Majer. Feierabend sagt selbst in seinen Erinnerungen, wie scharf er gegen Šrámek in der Funktion eines Exil-Ministerpräsidenten protestierte: Er schien ihm wegen seines Priestertums und wegen anderer Umstände eine völlig ungeeignete Person zu sein²².

Es gelang nicht — im Grunde genommen hat es nicht einmal jemand versucht — eine bestimmte Kraft zu formen, die nicht alle wichtigen Entscheidun-

²¹ Feierabend: Prag-London II, 336—349.

²² Feierabend: Prag-London I, 241.

gen in den Händen eines einzigen Mannes mit erschütterter Gesundheit belassen hätte — eine Kraft, die sich zwar loyal, aber entschieden gegen manche nicht genügend überlegte oder fehlerhafte Schritte Beneš gestellt hätte, von denen sich die Causa Fierlinger als abschreckendes Beispiel erwies. Nur so eine Kraft hätte vielleicht für die Kommunisten in Moskau und für die sowjetische Regierung wenn auch keinen Gegner, so doch einen zu respektierenden Mitgestalter des Volkswillens darstellen können. Auch diese Kraft hätte dann das Recht gehabt, Botschaften in die Heimat zu schicken; ein Recht, das in London ausschließlich dem Präsidenten, in Moskau begreiflicherweise nur Gottwald vorbehalten war.

Ich denke an einen demokratischen Prozeß, dessen Grundsätze man offenkundig auch im Exil und während des Krieges teilweise hätte einhalten sollen. Es wäre nur um die Kontinuität aus den Jahren der Ersten Republik gegangen; da gab es neben der allgemein anerkannten Autorität T. G. Masaryks genügend Aktionsraum und Möglichkeiten für den Aufstieg politischer Köpfe, die mit ihm zusammengearbeitet, seine Entscheidungen beeinflußt und schließlich sogar korrigiert haben.

Beneš erwähnt in seinen „Erinnerungen“, wie er die Interimsregierung gründete: „Ich war gezwungen, allein, fast autoritativ zu entscheiden, nur nach meiner Meinung und meinem Urteil²³.“ Sicher blieb ihm zu jener Zeit keine andere Lösung; sobald jedoch Regierung und Staatsrat konstituiert waren, hätte sich die Praxis ändern sollen. Es war ein Grundfehler, daß auch dann die ganze Macht der Regierung und Legislative — mittels der von Beneš herausgegebenen Dekrete — ausschließlich in seinen Händen konzentriert blieb.

Die Funktion des Staatsrates (die Mitglieder ernannte ebenfalls Beneš selbst) war klar festgelegt und gleichzeitig begrenzt auf eine beratende und nur bis zu einem bestimmten Maße auch auf eine kontrollierende Tätigkeit — die eher finanzielle als politische Angelegenheiten betraf.

Später wurde — wiederum durch ein Dekret des Präsidenten Beneš — die Institution eines Juristischen Beirates errichtet, der im Exil das Höchste Verwaltungsgericht ersetzen sollte. Aber auch dieser Juristische Beirat hatte nur beratendes Recht; seine Gutachten besaßen nicht die Kraft eines rechtmäßigen gerichtlichen Schiedsspruches.

Wie der Präsident der Republik, so konnten — mußten aber nicht — auch die Regierung, ihre Organe und ihre einzelnen Mitglieder die Gutachten des Staatsrates oder den Spruch des Juristischen Beirates zur Kenntnis nehmen und sich nach ihnen richten.

Damit will ich nicht sagen, daß die kontrollierende, beratende und juristische Tätigkeit beider Organe ganz ohne Einfluß auf die Entwicklung des tschechoslowakischen Staatsapparates geblieben wäre. Es ließen sich genug Ergebnisse dieses Einflusses herausfinden. So hat beispielsweise Präsident Beneš in seinen Botschaften an den Staatsrat die Tätigkeitsberichte und auch das Regierungsprogramm für den nächsten Zeitraum festgelegt. Und dann vor allem, die ein-

²³ Beneš: Paměti 180.

zelnen Minister haben in Verhandlungen über den Etat ihren Bedarf und ihre Ausgaben in umfassenden Exposés begründet. Ferner mußten sich die einzelnen Ministerien zu den von Einzelpersonen beim Juristischen Beirat eingebrachten Beschwerden äußern und ihre Entscheidungen rechtfertigen. Das alles übte auf den Gang der Dinge einen beträchtlichen, zumindest moralischen Druck und Einfluß aus.

Ich möchte die Situation nicht vereinfachen und behaupten, daß Präsident Beneš für jede einzelne Tat irgendeines seiner Minister verantwortlich gemacht werden könnte; die Wahrheit aber ist, daß alle wichtigen innenpolitischen und namentlich die außenpolitischen Fäden in seinen Händen zusammenliefen.

Bei der Realisierung seiner Vorhaben begegnete er sicher nicht bloß einmal einer grundsätzlich anderen Meinung einzelner Mitglieder der Regierung und des Staatsrates; das spielte sich allerdings im Rahmen der tschechoslowakischen Staatsorganisation ab und zeigte sich nie in der Öffentlichkeit. Weil es meistens nur um die — gewöhnlich privat geäußerte — Meinungsverschiedenheit einzelner, nicht um Beschlüsse der Regierung oder einer organisierten Majorität im Staatsrat ging, setzte der Präsident — bis auf unbedeutende Ausnahmen — seinen Willen durch; namentlich ab der zweiten Hälfte des Jahres 1941, als ihm die Ereignisse des Krieges und der Politik mehr und mehr recht gaben, und seine Gedanken schließlich auch die hartnäckigsten Skeptiker in den Reihen der tschechoslowakischen Staatsorganisation beeinflussten. Das aber führte und verführte das nichtkommunistische Lager zu einem gewissen leichtsinnigen Optimismus. Wir sahen das langsam sterbende nazistische Raubtier und vergegenwärtigten uns nicht — besser gesagt, wir wollten den Gedanken nicht zulassen —, daß ein neues Raubtier nahte, wenn auch vorläufig noch im Schafspelz.

Als die Tage und Stunden der Entscheidung kamen, standen einer disziplinierten, von Trabanten, Überläufern und Spekulanten unterstützten Gruppe von Kommunisten mit einem klaren, gut durchdachten Programm ein „überparteilicher Präsident“ und eine Schar mehr oder minder ratloser, verwirrter und verlassener Offiziere, Soldaten, Flieger, Beamten und Politiker gegenüber.

Die Sowjetunion betritt die Bühne

Zu Benešs Skepsis im Frühjahr 1941 hinsichtlich des diplomatischen Gewerbes gehören zweifellos auch seine schwarzen Gedanken, die zwar in seinen „Erinnerungen“ nicht auftauchen, die er aber seinen engsten Mitarbeitern nicht verheimlicht hat. Zu den Schicksalsschlägen rechnete Beneš die Anerkennung des slowakischen Staates durch die Sowjets, die Liquidierung der tschechoslowakischen Botschaft in Moskau und alle sich daraus ergebenden Folgen, nicht zuletzt das erhöhte Selbstbewußtsein der Slowaken.

Beneš stand mit dem sowjetischen Botschafter in den USA, Umanski, in Kontakt, und — seit Beginn des Exils, also lange vor dem deutsch-sowjetischen Konflikt — in weit vertrauterer Verbindung mit dem Botschafter Maiski in London. Beide sowjetischen Diplomaten erklärten ihm, es handle sich um reine

„Formalitäten“. Aber allein schon die Tatsache, daß Beneš ihre Meinung aufzeichnete, beweist seine Befürchtungen. Smutný bemerkte dazu: „Der russische Verrat (der Pakt Stalins mit Hitler — Anm. J.F.) brachte Beneš nicht mehr als nötig aus der Fassung. Moralisch hat es ihn abgestoßen“²⁴.

Trotz allem war Beneš vielleicht der einzige von allen politischen Faktoren der westlichen Länder, einschließlich aller Tschechoslowaken, bei dem letztlich die Überzeugung dominierte, Hitler werde die Sowjets nicht in Ruhe lassen. Die UdSSR werde sich daher „nolens volens“ auf die Seite der gegen Hitler gerichteten Koalition stellen müssen. Deshalb hat auch Beneš überall, wo er nur konnte, antisowjetische Stimmungen gedämpft, ob zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, während des finnisch-sowjetischen Krieges oder beim Hineinziehen Moskaus in den kriegserischen Konflikt mit Deutschland.

Hitlers Angriff auf die UdSSR bedeutete einen wichtigen und günstigen Beitrag zu Benešs Kriegs- und Nachkriegskonzeption, gleichzeitig aber auch den Anfang des Weges der tschechoslowakischen Angelegenheit „in die Tiefen der Nacht“. Wer behaupten wollte, daß Beneš diesen Weg in einer Art naiver Begeisterung antrat, würde ihm Unrecht tun. Wir können nicht außer Betracht lassen, daß die Methode, nach der die Sowjetunion vom Münchner Abkommen an hinsichtlich des tschechoslowakischen Problems und ebenso Benešs vorgeing, höchst raffiniert und ihr Spiel bei weitem nicht so durchsichtig war, wie es heute manchen Kritikern Benešs erscheint. Daß sich dabei der Präsident aus Eifer und übertriebenem Ehrgeiz grundsätzliche Fehler zuschulden kommen ließ, und daß er glaubte, seine Loyalität werde von Stalin — zumindest gegenüber seiner Person — erwidert, ist unbestritten.

Ein typisches Beispiel für das Bestreben des Präsidenten, in allem die Initiative zu ergreifen — „immer der erste“ zu sein, wie ihm Jan Šrámek vorwarf —, ist ein Zitat aus seinen „Erinnerungen“. Beneš schildert einen der Besuche Maiskis bei sich, und zwar am 19. September 1939: „... die sowjetischen Heere befanden sich schon auf dem Vormarsch nach Litauen und Ostgalizien. Maiski wollte meine Eindrücke von der Situation aus der Sicht der englischen Umgebung wissen. Er fragte mich auch, wie bei uns in der Heimat das sowjetische Vorgehen betrachtet werde. Ich verschwieg nicht die Tatsache, daß ... es bei uns in der Heimat ... sehr depressiv wirken werde. Ich betonte aber sofort die Notwendigkeit, daß die sowjetischen Heere bis zu unseren Grenzen gehen sollten ... Wir müssen nach diesem neuen Krieg unmittelbar und dauernd Nachbar der Sowjetunion sein. Auch das hat uns München gelehrt. *Die Frage Karpatenrußlands werden wir unter uns lösen, und bestimmt werden wir uns einigen.*“ (Hervorhebung — J.F.)²⁵.

Das raffinierte Spiel der Sowjets mit Beneš, das allmählich seinen Einfluß auf die Mehrheit der Tschechoslowaken außerhalb der Grenzen und in der Heimat ausübte, begann — wie schon erwähnt — lange vor dem deutsch-sowjetischen Krieg. Gleich nach seinem Anfang kam das Spiel in Schwung. Einige Tage

²⁴ Dokument 193, 23. Juni 1941. In: Dokumenty 235.

²⁵ Beneš: Paměti 206 f.

nachdem an der Ostfront die ersten Salven gefallen waren, stattete Botschafter Maiski Präsident Beneš einen offiziellen Besuch ab und teilte ihm im Namen seiner Regierung mit, die Sowjetunion sei ohne irgendwelche Vorbehalte bereit, mit der tschechoslowakischen Regierung diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die ohne Verschulden beider Seiten unterbrochen wurden, und Gesandte auszutauschen. Er fügte noch hinzu, die Moskauer Regierung erkenne die Grenzen der Tschechoslowakei in ihrer Vormünder Form an. Maiski erklärte, er sei ermächtigt, mit Beneš und seinen Ministern über alle Einzelheiten in möglichst kürzester Zeit zu verhandeln.

Der Kreml handelte schnell, fast blitzschnell: Bereits am 18. Juli kam der Gesandte Bogomolow, um Beneš sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. So wurde aus der tschechoslowakischen Interimsregierung in London eine rechtmäßige Regierung. Die sowjetische Diplomatie spielte ihre Rolle bedeutend wirkungsvoller als die britische. Wieder einmal zeigte sich, in was für einer vorteilhaften Situation ein totalitäres Regime ist, das sich ohne irgendwelche Skrupel über Nacht von einer Seite auf die andere drehen kann; denn noch am 20. oder 21. Juni 1941 hatten die sowjetische Flagge auf der sowjetischen Gesandtschaft in Preßburg (Bratislava) und die slowakische auf der slowakischen Gesandtschaft in Moskau geweht.

Nach dem Besuch Maiskis wollte Beneš den Briten gegenüber loyal bleiben. Er schickte deshalb Jan Masaryk zu Lockhart, und Lockhart eilte zum britischen Außenminister Eden. Es ging darum, daß die britische Regierung, die doch um die Konstituierung des tschechoslowakischen Staatsapparates die größten Verdienste hatte, der sowjetischen Initiative zuvorkam und augenblicklich ihren Gesandten keinesfalls bei der interimistischen, sondern bei der rechtmäßigen Regierung der Tschechoslowakischen Republik ernannte. Beneš dachte auch daran, daß bei seiner Regierung gerade der britische Vertreter das Recht des Seniorates besitzen, der Doyen des künftigen diplomatischen Korps sein sollte.

Deshalb kam auch schon am 18. Juli, wenige Stunden vor Bogomolow, der neu ernannte britische Gesandte Nichols mit seinem Beglaubigungsschreiben zu Beneš. Der Schritt Benešs blieb zwar der Aufmerksamkeit Maiskis nicht verborgen, aber es entstand daraus kein Konflikt. Es genügte der sowjetischen Regierung, daß sich ins Bewußtsein der beteiligten Politiker und eingeweihten Kreise prägte: Moskauer Initiative war es gewesen, die das Interimistikum der tschechoslowakischen Regierung in London beendete.

Der raffinierte diplomatische Schachzug Moskaus im Juni 1941 brachte die Angelegenheiten der Tschechoslowakei derart in Bewegung, daß sich die britische Regierung trotz aller Einwände der Beamten des Foreign Office entschloß (praktisch waren es Churchill und Eden, die alles durchsetzten), nicht bloß Benešs Regierung als vollberechtigt anzuerkennen, sondern sich vom Münchner Abkommen zu distanzieren (Mai 1942) und nicht grundsätzlich gegen den Transfer der Sudetendeutschen zu opponieren (Juli 1942). Das alles bestärkte Beneš in der Meinung, daß seine nach Osten ausgerichtete Politik richtig wäre. Selbstverständlich trug dazu in nicht geringerem Maße die Entwicklung an den Kriegsfrenten bei. Während die Strategie der westlichen Verbündeten vorwie-

gend vom Interesse am afrikanischen Gebiet, Mittelmeer, an Frankreich und Italien beherrscht wurde (die Vereinigten Staaten interessierte der Pazifik weit intensiver), erwies sich die Sowjetunion nach dem Sieg von Stalingrad (1942—43) immer mehr als der entscheidende Faktor in Ost- und Mitteleuropa.

Alles was Beneš vom Westen erreichen konnte, hatte er in dieser Zeit schon erreicht. Er wollte aber noch vor Kriegsende sein letztes Ziel verwirklichen: Sicherstellen, daß die Vormüchner Republik in ihren ehemaligen Grenzen wieder geschaffen würde. Das aber konnte und wollte ihm nur die Sowjetunion garantieren. Beneš war bereit, dafür jeden Preis zu zahlen. Er hat, wie die Geschichte beweist, den höchsten gezahlt.

Im November 1941 traten die in London wohnenden Vertreter der tschechoslowakischen Kommunisten in den Staatsrat ein. Zu dieser Zeit hatte der Kreml die sudetendeutsche Frage noch nicht abgeschrieben, Beweis dafür ist, daß unter den Kommunisten im Staatsrat (Václav Nosek, Anežka Hodinová, Jozef Való und später Ivan Petruščík) auch der deutsche Genosse Karl Kreibich saß. Der aber schlug sehr schnell — skrupellos und gemäß dem ihm aus Moskau erteilten Befehl — die tschechoslowakische vaterländische Saite an, im Einklang mit Stalins vaterländischem Krieg. Kreibich stellte sich, was die Grenzen betraf, vorbehaltlos auf den Boden des Vormüchner Staates. Bestimmt war das auch ein Gegenspiel gegen den sudetendeutschen Sozialdemokraten Jaksch.

Die Londoner politische Bühne betrat eine disziplinierte politische Gruppe. Ohne irgendeine Grundsatzerklärung gab sie allein durch ihr Verhalten deutlich zu verstehen, daß für sie Benešs Grundsatz — im Exil müsse die Parteipolitik verstummen — nicht galt und nicht gelten konnte. Es war zwar evident, daß die kommunistische Gruppe für eine Zusammenarbeit mit den anderen plädierte — wie es die Taktik Moskaus befahl, die Kriegslage und auch die Situation in der Heimat —, aber diese Gruppe dachte nicht daran, sich in politischen Nebel aufzulösen und trat als selbständiger politischer Faktor auf.

Hier zeigte sich beweiskräftig die bisherige Schwäche aller anderen politischen Richtungen der Londoner Emigration. Eine Schwäche, die man — wie schon erwähnt — nicht allein und ausschließlich dem Präsidenten und seiner Idee zur Last legen kann.

Causa Zdeněk Fierlinger

Als die Sowjets im September 1939 die Slowakische Republik anerkannten und die tschechoslowakische Legation in Moskau einfach zusperrten, erschien der tschechoslowakische Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, zunächst in Paris und später in London. Sowjetische Politiker ermunterten ihn zwar, als ihr Gast und Privatmann in Moskau zu bleiben, doch Fierlinger wußte zu gut, was einem ohne wirksamen diplomatischen Schutz dort alles passieren konnte. Deshalb ging er schnell in den Westen; vorher allerdings, noch als akkreditierter Diplomat, schickte er seinem Bruder, der in New York Konsularbeamter war, sowohl Geld als auch bewegliches Eigentum.

In Paris blieb Fierlinger nicht lange; er ging nach London und schloß sich hier den Unzufriedenen an, die nicht Mitglieder des Pariser Nationalausschusses geworden waren. In diesem Gremium saß kein einziger Sozialdemokrat; bestimmt ein ernster Fehler. Doch man darf nicht vergessen: Der Nationalausschuß wurde in einer derartigen Eile konstituiert, daß ihm außer Beneš überhaupt niemand aus London angehörte; zu den Unzufriedenen zählten nicht bloß Bechyně und Fierlinger, wie die Aufzeichnungen Jaromír Smutnýs aus dieser Zeit beweisen²⁶. Bestimmt wäre es zu Korrekturen gekommen; die schnelle Niederlage Frankreichs machte sie jedoch gegenstandslos.

Die Unzufriedenheit jener, die nicht in den Nationalausschuß gekommen waren, machte dem Präsidenten nichts aus; er selbst war ja mit einigen Taten dieses Organs nicht einverstanden. Mit Fierlinger hat sich Beneš — wie immer in der Vergangenheit — persönlich gut verstanden; beide waren sich einig in der Bewertung der Rolle der UdSSR in den kommenden Phasen des Krieges. So hat nicht einmal die Tatsache, daß Fierlinger später Bechyně in der oppositionellen Kampagne gegen Šrámeks Interimsregierung (in der schon von den Londonern Jan Masaryk und drei Sozialdemokraten saßen) sekundierte, Beneš irgendwie beunruhigt. Zumal doch Bechyně in jener Zeit nicht direkt auf ihn, sondern ausschließlich auf Šrámek und die Mitglieder seiner Regierung zielte. Und dann: Kritik gehörte in den Bereich der Kontrollfunktion des Staatsrates, dessen Vorsitzender Bechyně war.

Mit Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges kam der Zeitpunkt, um für Moskau erneut einen Gesandten zu ernennen. Einziger Kandidat des Präsidenten war wiederum Fierlinger, und das war vielleicht der erste tragische Irrtum Benešs. In der Regierung und bei der Majorität der Mitglieder des Staatsrates brach, im wahrsten Sinne des Wortes, Bestürzung aus. Auch die sozialdemokratischen Minister Němec, Bečko und Nečas waren unangenehm berührt. Sie wußten, daß Fierlinger ihnen gegenüber keine freundschaftlichen Gefühle hegte und Fierlinger gab ihnen seine Antipathie hinreichend zu erkennen. Ministerpräsident Šrámek intervenierte mündlich gegen Fierlingers Kandidatur; die für die Außenpolitik verantwortlichen Minister Jan Masaryk und Hubert Ripka äußerten ihre Mißbilligung durch ein Memorandum. Beide warnten vor der Ernennung Fierlingers und empfahlen Oberst Heliodor Pika für diesen Posten.

Der gebildete und fähige Offizier des Generalstabes Pika war damals in Moskau vorzüglich angeschrieben. Seit Kriegsbeginn wirkte er auf dem Balkan, nachher im Iran; an beiden Wirkungsstätten erwies er durch seine Tätigkeit auch den Sowjets gute Dienste. Vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges — doch schon zu einer Zeit, da der Konflikt vor der Tür stand — ersuchten sowjetische Organe Präsident Beneš, Pika nach Moskau zu delegieren. Er sollte ihnen bei der angenommenen Mobilisierung der Tschechen, Slowaken und Karpatenrussen durch seinen Rat helfen und an die Hand gehen. Als der Krieg

²⁶ Dokument 45, 7. Februar 1940. In: Dokumenty 70; Dokument 55, 29. Februar 1940. In: Dokumenty 80; Dokument 89, 20. April 1940. In: Dokumenty 108.

im Osten ausbrach, hielt sich Heliodor Pika in der sowjetischen Hauptstadt auf. Kaum jemand war mit der dortigen Situation so vertraut wie er, dazu noch sehr beliebt, besonders bei den sowjetischen Offizieren.

Ich weiß, daß Beneš in persönlichen Gesprächen mit Masaryk und Ripka für die Absicht, seinen Freund Fierlinger nach Moskau zu schicken, unter anderem damit argumentierte, es sei notwendig, auch eine gewisse Kontinuität mit der Vormüchner Zeit durch die Person des ehemaligen tschechoslowakischen Repräsentanten in der UdSSR — der Fierlinger war — zu symbolisieren. Beneš aber schenkte dem Argument Ripkas keine Beachtung, daß in einem solchen Falle allerdings auch Moskau seinen letzten Vertreter vor dem Kriege in Prag, Alexandrowski, zu unserer Regierung delegieren sollte — von dem schon damals niemand so recht wußte, wo er sich befand. Wie so viele andere war er in der stalinistischen Versenkung verschwunden.

So ging denn Fierlinger nach Moskau. Seine negative Einstellung gegenüber der Londoner Regierung und allen ihren Mitgliedern hinderte den Präsidenten nicht; ihm genügte die Überzeugung, daß ihm dieser alte und neue Gesandte persönlich ergeben sei. Fierlinger reiste mit dem Gefühl eines Siegers in die sowjetische Hauptstadt, und als Mitglied sowie als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Gruppe Rudolf Bechyněs. Das Zerwürfnis unter den Sozialdemokraten hat sich dadurch noch mehr vertieft.

Während Bechyně mehr und mehr bestrebt war, die Zusammenarbeit mit der Regierung zu stören, betrieben die Londoner Kommunisten eine durchwegs positive Politik. Ihre vorwiegend von Nosek vorgetragene Kritik war ruhig und konstruktiv; ihr Verhältnis zum Präsidenten, zu Mitgliedern der Regierung und des Staatsrates war freundschaftlich. Nosek und seine Genossen, beeinflußt von den vaterländischen Anstrengungen des britischen Volkes, übten diese Politik ohne große Überwindung aus; in Privatgesprächen, manchmal aber auch in Erklärungen im Staatsrat, gaben sie ihre Abneigung gegen Bechyněs destruktive Opposition zu erkennen. Das zeigte sich deutlich im April 1942, als Beneš die Reise Laušmans nach Moskau finanziell ermöglichte. Die Londoner Kommunisten wußten, daß Laušman eigentlich als Kurier Bechyněs auftreten und auch versuchen würde, die kommunistischen Mitglieder des Staatsrates bei Gottwald gehörig anzuschwärzen.

Damals ersuchte mich Nosek, ich solle ihm durch Intervention bei Šrámek helfen, Laušmans Reise nach Moskau zu verhindern. Šrámek kam Nosek entgegen und besprach die Angelegenheit mit dem Präsidenten, allerdings vergeblich. Laušman machte sich auf den Weg nach Moskau. Die Nachrichten, die er Nosek nach seiner Rückkehr nach London mitbrachte, deuteten an, daß er das Vertrauen Gottwalds gewonnen hatte, jedoch um den Preis, unauffällig von Bechyně abzurücken und sich mehr der kommunistischen Taktik anzuschließen.

Bechyněs endgültiger Sturz näherte sich. Sein Linksradikalismus war Moskau offensichtlich unangenehm. Dieser „Mann des Dezember 1920“ schrieb in seiner Londoner „Nová svoboda“ („Neue Freiheit“) einen mordbrennerischen Artikel, der — ohne den Präsidenten namentlich zu erwähnen — darauf hinwies,

wie in der Vergangenheit Benešs Diplomatie versagt, und wie auch die jetzige keinen großen Sinn habe. Es genüge, wenn sich die Tschechoslowakei als nächste Republik der Sowjetunion anschließe, und die Freiheit der Nation würde am besten gesichert sein.

Der Artikel war eine Sensation und wirkte wie ein Bumerang. Die tschechoslowakische Öffentlichkeit und die Verbündeten glaubten nämlich, der Artikel sei von Moskau inspiriert, es handle sich um einen Versuchsballon. Das war freilich ein Irrtum, und so zogen sich unauffällig einige sowjetische Diplomaten von Bechyně zurück, die früher mit ihm — durch Vermittlung von Břetislav Palkovský — Kontakte gepflegt hatten. Václav Nosek trat, ostentativ gegen Bechyně gerichtet, aus dem Staatsrat aus und erklärte seinen Artikel für eine antisowjetische Herausforderung.

Wie sich Fierlinger in Moskau verhielt, wie er sein Schicksal ganz und gar mit Gottwalds politischer Führung verband und dadurch unmittelbar mit den sowjetischen Interessen, davon hat der amerikanische Diplomat George Kennan in seinen Erinnerungen ein vielsagendes Zeugnis abgelegt²⁷; er war in den Jahren 1944 und 1945 Botschaftsrat in Moskau und die rechte Hand des Botschafters Harriman.

Kennan sagt: Nach allem, was Fierlinger (mit dem er in persönlichem Kontakt stand) planmäßig tat, habe er den Eindruck gewonnen, nicht mit dem Vertreter der freien und unabhängigen Tschechoslowakei zu verkehren, sondern mit einem ausgesprochen sowjetischen Agenten. Dieses Bild gewann Kennan von Fierlinger in der wichtigsten, in der Schlußphase des Krieges. Doch schon lange vorher war allen Tschechoslowaken in London, einschließlich den Kommunisten, klar, in wessen Diensten der tschechoslowakische Gesandte arbeitete. Auch Präsident Beneš kannte die Situation aus vertraulichen Berichten, die ihm Oberst Pika durch britische Kuriere zukommen ließ. Zwischen Pika — der als Chef der tschechoslowakischen Militärmission in Moskau geblieben war — und Fierlinger spielte sich ein verborgener Kampf ab. Und dieser Kampf war, wie bekannt, die Ursache für Pikas tragisches Ende nach dem Februarumsturz 1948²⁸.

Pika, ein ehrenhafter Soldat, referierte nach London, wie Fierlinger der kommunistischen Infiltration im Offizierskorps unserer Einheit half; wie er den Oberst, späteren General und „Helden der Sowjetunion“, Ludvík Svoboda, korrumpierte; wie Fierlinger den Russen das Eigentum tschechoslowakischer Firmen (u. a. der Skodawerke) im Iran zuspielte. Über all das gab es im Archiv des Präsidenten in London eine umfangreiche Dokumentation. Nach der Besetzung im August 1968 wurde das Archiv der Londoner tschechoslowakischen Regierung von Prag nach Moskau transportiert. Es würde mich nicht wundern, wenn der Sinn dieser Aktion auch darin gelegen hätte, das Archivmaterial von beweiskräftigen Dokumenten für die Untreue Fierlingers zu „säubern“.

²⁷ Kennan, George: *Memoires 1925—1950*. Boston-Toronto 1967, S. 254.

²⁸ Lockhart, R. H. Bruce: *Two Czech Martyrs (Šámal und Pika — Anm. J. F.)*. In: *Giants Cast Long Shadows*. London 1960, S. 161—171.

Šrámeks Regierung versuchte in den Jahren 1942—1943 zweimal, den Präsidenten zu einer Abberufung Fierlingers aus Moskau zu bewegen. Beneš wollte es nicht — und konnte es vielleicht auch nicht mehr tun. Denn Fierlinger war in dieser Zeit mit den Sowjets und Gottwald schon derart liiert, daß Moskau seine Abberufung als — wie man in der Diplomatensprache sagt — unfreundlichen Akt angesehen hätte, was nach Meinung des Präsidenten mißliche Folgen haben konnte.

Wann selbst Beneš anfang, an der Loyalität Fierlingers auch seiner Person gegenüber zu zweifeln, und wann ihre gegenseitige Entfremdung begann, die in offener Feindschaft gipfelte, läßt sich nicht genau bestimmen — wenigstens nicht aus meinen Aufzeichnungen und aus den mir zugänglichen Quellen. Eine Andeutung seiner Zweifel kann man nur in der Notiz Smutnýs vom Oktober 1943 finden; da sagt der Präsident: „... und diesen Fierlinger, den haben sie (die Russen — Anm. J. F.) um den Finger gewickelt²⁹.“

Die gegenseitige Entfremdung dieser beiden Männer begann vermutlich während Benešs Besuch in Moskau, als Fierlinger und Molotow ohne Wissen und Einverständnis des Präsidenten den vorher zwischen der Londoner tschechoslowakischen Regierung und Moskau präzise vereinbarten Vertragstext modifizierten. Damals hat auch Fierlinger dem Präsidenten mitgeteilt, er habe sich entschlossen, zu gegebener Zeit den diplomatischen Dienst zu verlassen und sich der Innenpolitik zu widmen. Beneš erkannte seine Entscheidung zwar als legitim an, doch gleichzeitig wurde er sich klar darüber, daß die innenpolitische Arena ein Mann betrat, der sich auf das außergewöhnliche Vertrauen Stalins und Gottwalds stützte und damit seine eigenen innenpolitischen Pläne störte. Fierlinger war daher nicht mehr sein Beamter und Freund, sondern Rivale.

Zum Teil war ich selbst Zeuge des dramatischen Finales der Freundschaft zwischen Beneš und Fierlinger. Ende Januar oder Anfang Februar 1948 sprach ich zum letzten Mal mit dem Präsidenten; ich begleitete Petr Zenkl zu ihm. Als die Rede auf Fierlinger kam, stieg dem Präsidenten die Zornröte ins Gesicht. Er erzählte uns, daß Fierlinger in seine Villa in Alttabor (Sezimovo Ústí) eingedrungen sei. Die Folge war ein neuer Schlaganfall des Präsidenten.

Beneš schloß seine aufgeregte Schilderung mit den Worten: „Merken Sie sich, Fierlinger ist ein Schwein!“

Wer weiß, daß der Präsident fast nie, ja vielleicht überhaupt nicht, Kraftausdrücke gebrauchte, kann sich vorstellen, wie Beneš am Ende seines Lebens und seiner so tragisch endenden Karriere seinen einstigen Freund und Vertrauten verachtete.

Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag

Eigentlich handelte es sich um zwei Verträge. Der erste geriet in Vergessenheit; die Sowjets selbst schlugen ihn durch Vermittlung Maiskis vor, der ihn

²⁹ Dokument 324, 16. Oktober 1943. In: Dokumenty 394.

auch zusammen mit Jan Masaryk am 18. Juli 1941 in London unterschrieb. Der Vertrag war sehr kurz; er sprach lediglich vom Austausch der Gesandten, von gegenseitiger Hilfe im Krieg gegen Hitlerdeutschland und von der tschechoslowakischen militärischen Einheit auf dem Territorium der UdSSR. Während der vorangegangenen Gespräche antwortete Maiski auf die Frage Beneš, ob Moskau Zdeněk Fierlinger als Gesandten akzeptieren würde: „... wenn es die tschechoslowakische Regierung wünscht, ist die Sowjetunion mit der Rückkehr des Gesandten Fierlinger nach Moskau einverstanden“³⁰. Diese trockene Antwort deutete an, was ansonsten allgemein bekannt war: Fierlingers schnelle Abreise aus Moskau hatte in der sowjetischen Hauptstadt keinen besonders günstigen Eindruck hinterlassen. Man muß noch hinzufügen, daß Maiski und Masaryk die britische, polnische und jugoslawische Regierung über den Vertrag informierten.

Dieser Vertrag befriedigte Präsident Beneš in keiner Weise, denn er besagte nichts über die grundsätzliche Haltung der Sowjets gegenüber Nachkriegsdeutschland und der damit zusammenhängenden Frage der Sudetendeutschen, nichts über das Verhältnis zu Polen, nichts über eine Garantie, daß die Sowjetunion nicht in unsere inneren Angelegenheiten eingreifen werde. Deshalb fragte Beneš noch vor seinem Besuch der Vereinigten Staaten in Moskau an, ob man bereit wäre, einen breiter gefaßten Vertrag, analog dem britisch-sowjetischen, abzuschließen. Moskau stimmte zu und ersuchte um einen Entwurf, den der Präsident am 22. August 1943 dem Gesandten Bogomolow übergab.

Im Grunde genommen ging es um nichts Neues und Revolutionäres: Einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion hatten wir seit 1935; der aber war an den tschechoslowakisch-französischen Vertrag gebunden. Beneš wollte diese Zweiseitigkeit abbauen und durch eine neue Form den Vertrag mit Moskau vertiefen. Der Präsident ließ aber nicht die Ziele des internationalen Kommunismus außer acht, und deshalb wollte er sich unter anderem auch eine ungestörte innenpolitische Entwicklung und demokratische Ordnung vertraglich sichern.

Den Entwurf zum tschechoslowakisch-sowjetischen Bündnisvertrag bereiteete Beneš schon seit dem Jahre 1941 vor. Entscheidende Schritte schob er jedoch auf. Einerseits wartete Beneš die Ergebnisse der großen militärischen Operationen ab, andererseits mußte er auf die Polen Rücksicht nehmen.

Die sowjetisch-polnischen Auseinandersetzungen bewirkten denn auch, daß Beneš mit seinem Plan auf die Mißbilligung der Briten stieß. Die britische Regierung hatte allerdings noch einen anderen gewichtigen Grund für ihre Einwände: Sie besaß einen Vertrag mit Moskau, der diese beiden Großmächte gewissermaßen zu Schiedsrichtern der Nachkriegsordnung in Europa prädestinierte. Benešs Plan eines tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages schob sich in einem bestimmten Sinne des Wortes zwischen die beiden, damals durch den Krieg befreundeten Mächte: Nach Realisierung von Benešs Plan hätte die tschechoslowakische Republik schon im vorhinein, vor Kriegsende, durch eine der Vertragsmächte alles zugesichert und bestätigt gehabt. Dergleichen paßte den

³⁰ Beneš: Paměti 242.

britischen Diplomaten im Foreign Office nicht. Diesmal stimmte selbst Minister Eden nicht zu.

Im Sommer 1943 trat daher in den Beziehungen zwischen Benešs Regierung und den Briten eine Krise ein, die sich in gewissem Maße auch auf die innenpolitische Situation der tschechoslowakischen Staatsorganisation auswirkte. Beneš wollte seine Zustimmung zur Unterzeichnung des Vertrages mit der Sowjetregierung nicht gegen den Willen der Briten geben. Aber die Majorität der Mitglieder seiner Regierung und des Staatsrates — die unter erheblichem Einfluß sowjetischer Diplomaten stand — befürwortete die Unterzeichnung des Vertrages ohne Rücksicht auf den britischen Wunsch, die Aktion zu vertagen. In diesem Sinne nahm auch die tschechoslowakische Regierung in London einen Beschluß an und legte ihn dem Präsidenten vor.

Die Dinge nahmen ein rühmlich-unrühmliches Ende: Beneš entschied, er stimme der Vertragsunterzeichnung nicht zu, solange sich nicht die Großmächte selbst über die Angelegenheit einigten. Am 19. November 1943 — jenem Tag, an dem die historische Sitzung der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion in Moskau begann — gab der britische Außenminister Eden nach einer Unterredung mit Molotow sein Einverständnis zur Unterzeichnung des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages.

Im Dezember 1943 unterschrieben Fierlinger und Molotow in Gegenwart von Beneš, Stalin, Kalinin und anderen Würdenträgern den historischen Vertrag „Über Freundschaft und gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Die Unterschrift und alles, was sich um sie herum abspielte, schien — nicht bloß in tschechoslowakischen Augen — ein Triumph Benešs zu sein. Denn die Tschechoslowakei war zu dieser Zeit der einzige Staat, der von einer der Siegermächte und unter stillem Einverständnis der übrigen Verbündeten ordnungsgemäß garantierte Grenzen und durch eine Zusatzklausel auch seine innenpolitische Entwicklung sichergestellt hatte. Erwägen wir den Unterschied zwischen dem tragischen September 1938 und dem Dezember 1943, erwägen wir auch die Form, wie Moskau den Präsidenten offiziell willkommen hieß und die Bedeutung seines Aufenthaltes unterstrich, dann wäre es wirklich unmöglich, nicht von einem Triumph der Persönlichkeit Benešs und seines Werkes zu sprechen.

Doch schon damals fiel ein Schatten, den kein Außenstehender sah, auf den tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag. Wie Beneš selbst in seinen „Erinnerungen“ erwähnt, legte er den Vertragsentwurf dem Gesandten Bogomolow am 22. August 1943 vor. Über den Text wurde zwischen Moskau und Beneš Ende August, im September und Oktober diskutiert und — so Beneš — „vor meiner Reise voll vereinbart“. Dann fährt Beneš fort: „Er (der Text — Anm. J. F.) wurde aber in einigen Details von Fierlinger und Molotow noch vor meiner Ankunft ergänzt . . . Da ich diese Diskussionen nicht verlängern wollte, nahm ich die Moskauer Vorschläge an . . .“³¹.

³¹ Beneš: Paměti 380.

Beneš führt nicht näher aus, worum es ging. Nur beiläufig erwähnt er, es habe sich um die von ihm verlangte Ratifikation durch die Nationalversammlung und dann um die Laufzeit des Vertrages gehandelt. Sei es wie immer: Allein schon die Tatsache zeigt klar, daß der Gesandte der Republik in Einvernehmen mit dem sowjetischen Außenminister jenen Vertragstext abgeändert hat, der vorher vom Präsidenten der Republik vereinbart war. Noch ärger jedoch ist: Der Präsident hat diese grobe Unloyalität seines Gesandten akzeptiert. Es war das Vorzeichen für Ereignisse von weitaus größerer Tragweite.

Moskau — Teheran — Jalta

Die Konferenz der Außenminister in Moskau war ein wichtiger Meilenstein in der politischen Entwicklung Europas im allgemeinen und der Tschechoslowakei im besonderen. Hier verständigten sich die drei Großmächte zum ersten Mal über eine gemeinsame militärische Strategie und Nachkriegspolitik. Zu diesem Zweck setzten sie eine ständige Beratungskommission mit Sitz in London ein, die der Ort für einen Meinungsaustausch über laufende politische und militärische Fragen sein sollte. Die Moskauer Zusammenkunft der Außenminister bereitet auch die Konferenzen in Teheran und Jalta vor.

Über die Ergebnisse von Teheran und Jalta hinsichtlich der Tschechoslowakei wurde schon viel geschrieben. Vor allem wurde die Frage behandelt, ob man auf diesen Konferenzen der führenden Staatsmänner der drei Großmächte auch über die Tschechoslowakische Republik gesprochen hat. Vereinfacht kann man es so erklären: Weder in Teheran, noch in Jalta wurde ausdrücklich über die Tschechoslowakei gesprochen. Die Tschechoslowakei war eine verbündete Macht, konnte daher nicht Gegenstand von Vereinbarungen sein. Über ihre Nachkriegsexistenz gab es keine Kontroversen, auch nicht über ihre Grenzen. Mit Polen dagegen stand es anders. Denn die Sowjetunion bestand auf der sogenannten Curzon-Linie. Das bedeutete Polen ohne ukrainische Gebiete; als Ersatz bot die Sowjetunion Teile deutschen Territoriums an.

Dessenungeachtet haben jedoch sowohl die Moskauer Konferenz der Minister als auch die Zusammenkunft Churchills, Roosevelts und Stalins in Teheran das künftige Schicksal der Tschechoslowakei indirekt bestimmt: „... es wurde über die Aufteilung der Kriegszonen in Deutschland und Mitteleuropa zwischen dem Westen und Osten entschieden. Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien wurden der sowjetischen Zone einverleibt. Uns haben sie das damals weder offiziell, noch inoffiziell mitgeteilt. Das haben wir erst während des slowakischen Aufstandes erfahren³².“ Tatsächlich äußerte sich das zum ersten Mal bei diesem Geschehen: Als Beneš für die Slowaken um Hilfe bat, verwiesen ihn die Regierungsvertreter der westlichen Großmächte eindeutig auf Moskau. Am Sachverhalt ändert nichts die Tatsache, daß die Westmächte trotzdem eine gewisse Hilfe (Medikamente usw.) in die Slowakei schickten.

³² Beneš: Paměti 375.

Beneš war von diesem Standpunkt unliebsam überrascht. Großbritannien und die Vereinigten Staaten sagten zwar nicht, daß die kriegsoperativen Zonen gleichzeitig auch die Interessensphären nach dem Kriege zu bedeuten hatten, aber die militärischen und politischen Ereignisse im Osten belehrten diese beiden Mächte, daß Moskau nicht geneigt war, einen großen Unterschied zwischen einer Operations- und einer Interessenzzone in Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu machen. „Hinter dem Donner der russischen militärischen Front erhob der Kommunismus sein Haupt. Rußland kam als Befreier; der Kommunismus war die Lehre, die er mitbrachte“, bemerkt Churchill in seinen Kriegserinnerungen. Deshalb eilte er mit Eden Anfang Oktober 1944 nach Moskau, um durch ein Übereinkommen mit Stalin für den Westen zumindest auf dem Balkan zu retten, was noch zu retten war³³. Auch über Polen verhandelten sie erneut, aber vergeblich in Moskau. Von uns war wiederum nicht die Rede. Wir hatten doch „alles“ vertraglich zugesichert. Und diesen Vertrag mit den Sowjets, dem die Briten ungenügend zugestimmt hatten, respektierten sie. Um so mehr, als wir sie durch unser Vorgehen von jenen Sorgen befreit hatten, die ihnen jetzt die polnische Regierung bereitete.

Die dramatische Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen bewirkte, daß die Tschechoslowakei vollständig in die Operationszone der Roten Armee und damit in die Interessensphäre der Sowjets geriet. Daran konnte nicht einmal General Patton etwas ändern, der mit seinen Abteilungen gegen Kriegsende Pilsen und den südwestlichen Teil Böhmens besetzte. Daß die westlichen Großmächte gewillt waren, die vereinbarten Kriegszonen strikt einzuhalten, beweist eine Begebenheit, die sich am 28. März 1945 in London abspielte.

Beneš und die neue Regierung — außer Ripka — bereiteten sich in der sowjetischen Hauptstadt auf die Reise nach Kaschau (Košice) vor, das bereits von der Roten Armee besetzt war. Aus London wurde eine Gruppe tschechoslowakischer Offiziere, Beamter und Politiker in das befreite Gebiet geschickt. Unter ihnen befanden sich auch Adolf Procházka und Vlado Clementis, die nicht wußten, daß sie auf der Ministerliste standen. Diesem Unternehmen sollten sich auch Mitglieder des diplomatischen Korps anschließen, 22 Briten, 15 Amerikaner, vier Franzosen, ein Belgier und ein Holländer. Auf dem freien tschechoslowakischen Territorium sollten die ausländischen Diplomaten mit dem Präsidenten und seiner Regierung zusammentreffen und gemeinsam die Reise nach Prag antreten. Im entscheidenden Augenblick, als in Glasgow schon das Gepäck auf das britische Schiff verladen wurde (dessen Ziel der rumänische Hafen Constanza war), teilte der sowjetische Chargé d'affaires Tschitschajew dem amtierenden Minister Ripka mit, das sowjetische Oberkommando halte es aus technischen und Sicherheitsgründen für notwendig, die Abreise des diplomatischen Korps zu verschieben.

Diesem Eingriff fügten sich schließlich alle westlichen Diplomaten — obwohl eindeutig war, daß nicht technische, sondern politische Gründe eine Rolle spielten: Moskau war daran interessiert, daß den Präsidenten auf seinem trium-

³³ Churchill, Winston S.: The Second World War. Bd. 6. New York 1962, S. 196 f.

phalen Wege von Kaschau nach Prag ausschließlich der sowjetische Botschafter Zorin symbolisch begleiten sollte. Aus britischen Dokumenten geht hervor, daß Eden am 28. März 1945 dem Botschafter Gusew (Maïski war inzwischen aus London abberufen worden) sein Mißfallen äußerte. Und Lord Halifax, zu dieser Zeit Botschafter in Washington, berichtete nach London, der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, sei aufgefordert worden, die Angelegenheit der sowjetischen Regierung vorzutragen. Damit endete die ganze Affäre.

Gegen Ende des Krieges überließen die Vereinigten Staaten — gemäß der Übereinkunft zwischen Roosevelt und Churchill — Großbritannien die mitteleuropäischen Fragen und paßten sich dem Vorgehen Churchills an³⁴. Gegenüber der tschechoslowakischen Problematik, der Regierung in London und ebenso gegenüber der Politik Beneß bewahrten die USA stets eine freundschaftliche Haltung, auch wenn sich Beneß optimistisches Referat über seine Reise in die Vereinigten Staaten von den bisher bekannten offiziellen amerikanischen Aufzeichnungen unterscheidet.

Der schicksalhafte Dezember

Während sich in London die oben erwähnte Begebenheit abspielte, die deutlich symbolisierte, welch geringer Einfluß den westlichen Großmächten in jenem Gebiet geblieben war, in dem die Tschechoslowakei lag (eine Begebenheit, die sich eigentlich nur an andere Tatsachen reihte, die immer tiefer die Moral der in Großbritannien lebenden tschechoslowakischen Politiker, Beamten, Soldaten und Exulanten untergruben), fand der Schlußakt schon einige Tage vorher statt. Über ihn wurde zu jenem Zeitpunkt in London vermutlich nur Tschitschajew informiert; daher kam denn auch seine entschiedene, ja arrogante Haltung.

In Moskau kam es am 26. März 1945 zur abschließenden Vereinbarung zwischen der politischen Delegation aus London (als Repräsentantin des tschechoslowakischen Staatsapparates in Liquidation) und den Vertretern der kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Republik: Es wurde das Kaschauer Programm (Košícký program) angenommen; es wurde eine Regierung vereinbart mit dem Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger an der Spitze, mit kommunistischen Ministern des Inneren, der Landwirtschaft, der Information und sozialen Fürsorge und — das kann man heute schon mit Bestimmtheit sagen — mit dem kryptokommunistischen Minister für nationale Verteidigung Ludvík Svoboda. Der Einfluß des Außenministers Jan Masaryk wurde nachhaltig eingeschränkt durch die Ernennung von Vladimír Clementis — einem der intelligentesten und fähigsten slowakischen Kommunisten — zum Staatssekretär im Außenministerium. Der Erfolg der Kommunisten wurde durch die Berufung des Kommunisten Zdeněk Nejedlý — als „Fachmann“ — zum Chef des Schulministeriums gekrönt.

³⁴ Churchill: The Second World War VI, 181.

Die Ressorts, mit denen sich die anderen politischen Parteien begnügen mußten, repräsentierten im Sinne von Macht sehr wenig bzw., wie sich später zeigte, im Grunde genommen absolut nichts. Denn wir müssen bedenken: Das wichtige Industrieministerium, das zum großen Teil nationalisiert werden sollte, fiel Bohumil Laušman zu, über dessen damalige Abhängigkeit von dem erklärten kommunistischen Trabanten Fierlinger kein Zweifel bestand. Die Antwort darauf, warum die nichtkommunistischen Delegaten in eine derartige „Vereinbarung“ einwilligten — oder, genauer gesagt, einwilligen mußten —, darf man nicht erst im März 1945, sondern schon an der Jahreswende 1943 suchen.

Neben allen offiziellen und für die Welt außergewöhnlich gründlich vorbereiteten Aktionen des Staatsbesuches von Beneš im Dezember 1943 in Moskau absolvierte der Präsident einige vertrauliche Gespräche mit Stalin und Molotow, bei denen der stellvertretende Außenminister der UdSSR (auch zuständig für die Tschechoslowakei), Kornejtschuk, der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger und Jaromír Smutný, Benešs vertrautester Mitarbeiter und Chef seiner Kanzlei, anwesend waren. Smutný hat die Gespräche aufgezeichnet. Seine Witwe übergab diese Aufzeichnungen der Columbia-Universität in New York; hier übersetzte Vojtěch Mastný dieses historisch wertvolle Material und versah es mit einem umfangreichen Vorwort³⁵.

Der Inhalt der Moskauer Verhandlungen Benešs mit Stalin gibt der Geschichtsforschung eine völlig neue Richtung. Er zeigt nämlich, daß in Moskau eigentlich der Präsident selbst die Republik in die Interessensphäre der Sowjetunion eingefügt hat. Beneš war entschlossen — oder hat es zumindest in den Gesprächen mit Stalin und Molotow so vorgeschlagen —, weder auf militärisch-strategischem Gebiet, noch in innenpolitischen Angelegenheiten einen ersten Schritt ohne Wissen und Zustimmung der sowjetischen Führung zu tun.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Vielleicht aber genügt es, auf zwei Fakten hinzuweisen: Während der Ausführungen über die Sudetendeutschen sagte der Präsident, er habe das grundsätzliche Einverständnis Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zum Transfer der deutschen Bevölkerung, wobei er eventuelle Grenzkorrekturen erwäge, aber zu dieser Frage möchte er gerne auch die Ansicht der Sowjetregierung wissen und gleichzeitig ihre Zustimmung erhalten.

Es leuchtet ein: Ohne Zusammenspiel aller drei Großmächte hätte die tschechoslowakische Regierung den Transfer der Sudetendeutschen schwerlich durchführen können. Einige Details allerdings, mit denen Beneš seine Ausführungen begleitete — er sprach von Konfiskation und Nationalisierung deutschen Eigentums, fügte aber gleichzeitig auch den damit zusammenhängenden Vorsatz hinzu, die tschechoslowakische Industrie und die Banken zu nationalisieren, was bei Molotow echte oder vorgetäuschte Verwunderung hervorrief —, spielen schon in den innenpolitischen Bereich hinein.

Es gibt aber ein noch anschaulicheres Beispiel dafür, wie Beneš im Verlauf der Moskauer Gespräche mit der sowjetischen Führung seine Ansichten über

³⁵ Mastný : The Beneš - Stalin - Molotov Conversations.

die künftige innenpolitische Entwicklung seines Landes aufgedeckt hat. Der Präsident erklärte Molotow, wie er nach dem Kriege mit den slowakischen Kollaboranten zu verfahren gedenke und erbat dafür die sowjetische Unterstützung. Der Präsident erwähnte sogar namentlich jene, die hingerichtet werden sollten. Zu registrieren wäre auch seine generelle Analyse der Slowaken, von denen er sagte, zumeist hätten sie zwei Eisen im Feuer.

Im Lichte dieser Gespräche verblaßt ziemlich jene Klausel des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages, in der von Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachkriegstschechoslowakei gesprochen wird.

Interessant ist, daß Stalin und Molotow — nach Smutnýs Aufzeichnungen, deren Glaubwürdigkeit man nicht bezweifeln kann — Benešs Ausführungen zunickten, ansonsten aber zurückhaltend waren; bei seinen Worten über die Slowakei bemerkte Molotow sogar: „Wir können nicht gut die Slowaken mit den Deutschen und Ungarn in einen Sack werfen.“

Der Grund dieser Zurückhaltung war klar: Die Rote Armee kämpfte noch auf sowjetischem Territorium; erst in Teheran erhielt Moskau die Zusicherung und genaue Daten über die Errichtung einer zweiten Front. Sofern es um Deutschland ging, wollten weder Stalin noch Molotow aus propagandistischen wie militärischen Gründen ihre wahre Gesinnung zu erkennen geben. Und daß sie nicht laut zustimmten, als Beneš von Konfiskation und Nationalisierung der tschechoslowakischen Industrie und der Banken sprach, ist ebenfalls erklärlich: Stalin und Molotow wollten nicht unnötig und vorzeitig die westlichen Verbündeten und den nichtkommunistischen Teil der Emigration und der Heimat beunruhigen. Man kann jedoch nicht bezweifeln, das Benešs ganze Erörterung Musik für ihre Ohren war und so ganz den Vorstellungen der sowjetischen Führung von der Nachkriegsentwicklung in der befreiten Tschechoslowakei entsprach. Über den Inhalt der Gespräche hat Fierlinger bestimmt Gottwald und seine Genossen eingehend informiert; sie konnten sich für die bevorstehende Zusammenkunft mit dem Präsidenten gut wappnen. Benešs Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau sind auch dementsprechend ausgefallen.

In den „Erinnerungen“ führt Beneš den Inhalt dieser Zusammenkunft in Hauptpunkten an³⁶. Beneš sagt nicht, mit welchen Gefühlen er seine Sätze schrieb, und ob er damals tatsächlich alles geglaubt hat, was er in dem an Jan Masaryk und an die Regierung in London gerichteten Telegramm optimistisch mitteilte. Beneš gibt zu, daß er mit den Kommunisten über Dinge sprach, in denen sie mit ihm nicht konform gingen, beispielsweise mit seinem Vorgehen vor München. Doch Beneš erwähnt weder im Telegramm, noch in den „Erinnerungen“, was für einen dramatischen Verlauf das Gespräch nahm, und zu welchen Ergebnissen es führte.

Es ist gut, sich zu vergegenwärtigen, daß Beneš seine „Erinnerungen“ in einer Zeit schrieb, da er aktives Staatsoberhaupt war; als Diplomat unterdrückte er daher alle seine Gefühle und eventuell kritischen Bemerkungen, er paßte auch

³⁶ Beneš: Paměti 40.

den Inhalt seinem eigenen Interesse an. Man muß deshalb sein Buch eher für eine Zusammenfassung von Daten und Fakten halten, als für einen analytischen und objektiven Rückblick. Es besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Büchern „Paměti“ („Erinnerungen“) und „Mnichovské dny“ („Münchener Tage“). Das letztgenannte Buch, Benešs persönliche Aufzeichnungen, wurde postum ediert. Er konnte und wollte es bestimmt auch nicht als Präsident veröffentlichen.

Über den dramatischen Verlauf der Moskauer Verhandlungen Benešs mit den Kommunisten im Dezember 1943 existiert ein kommunistisches Dokument³⁷, das viel klarer schildert, wie sich alles abgespielt hat. Das Gespräch endete eigentlich damit, daß der Präsident — vielleicht nur zum Schein — fast den gesamten Londoner tschechoslowakischen Staatsapparat den Kommunisten auf Gnade und Ungnade auslieferte.

Dieses — publizierte — kommunistische Dokument muß durch jenen Teil ergänzt werden, den die tschechoslowakischen Kommunisten bis heute nicht zu veröffentlichen wagten. Er zeigt, wie die Verhandlungen der führenden kommunistischen Persönlichkeiten mit Beneš an Erpressung grenzten.

Eine Niederschrift dieser Ungeheuerlichkeiten hat Legationsrat Jaroslav Kraus verfaßt, der zu dieser Zeit leitender Beamter des tschechoslowakischen Informationsdienstes in London war. Er gehörte, durch sein perfektes Russisch besonders qualifiziert, zur Begleitung Benešs in Moskau. Jaroslav Kraus, Freund Ripkas, Peroutkas und noch aus der Heimat auch der meinige, traf in Moskau mit seinem alten Freund und Mitkämpfer Vlasta Borek zusammen. Beide waren nach dem Ersten Weltkrieg Redakteure des „České slovo“. Kraus ging später zum Pressedienst des Außenministeriums. Nach dem Bruch Vrbenskýs mit den Nationalen Sozialisten trat Borek mit ihm gemeinsam in die kommunistische Partei ein und wurde Redakteur der kommunistischen Presse. Während Benešs Aufenthalt in Moskau war Vlasta Borek Presseattaché unserer Legation.

Borek, kommunistischer Vertrauensmann, informierte seinen alten Gefährten Kraus über einige Details der Verhandlungen mit den führenden kommunistischen Persönlichkeiten. Kraus zeichnete nach seiner Rückkehr nach London Boreks Informationen für seinen Chef und Freund Huber Ripka auf.

Nach seinen Gesprächen mit Stalin, Molotow und weiteren Persönlichkeiten hielt es Beneš für sicher, daß die tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau mit ihm ebenso ehrenhaft verhandeln würden wie ihre Genossen in London. Doch in Kopecký, Gottwald und in den anderen fand Beneš keine loyalen Mitarbeiter, sondern selbstbewußte Partner. Ich habe nicht die Kopie der Kraus'schen Aufzeichnungen zur Hand, weiß aber, daß Václav Kopecký von Anfang an oberster Wortführer der kommunistischen Gruppe war. Er erinnerte in sehr scharfem Ton an eine ganze Reihe verfassungswidriger Taten Benešs: München, die militärische Kapitulation ohne Zustimmung des Parlaments usw. Kopecký warf Beneš auch vor, er biete ständig den westlichen Verbündeten —

³⁷ Cesta ke květnu [Der Weg zum Mai]. Hrsg. v. d. ČSAV [Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften]. Prag 1947.

ohne von jemandem ermächtigt zu sein — Grenzkorrekturen an, und das in einer Zeit, da ihm doch schon klar sein könnte, daß die Sowjetunion nur die Vormünder Grenzen anerkennen werde. In Kopeckýs Angriff fehlte nicht einmal die Aufrechnung der Fehler der Londoner Regierung: Antisemitismus in der Armee; überhaupt die Tolerierung faschistenfreundlicher Offiziere, die General Ingr schützt . . . Und vieles andere, was Bechyně sozialdemokratische Linke — und bestimmt auch die Londoner Kommunisten — fleißig dem Gesandten Fierlinger nach Moskau berichteten.

Kopecký warf ferner dem Präsidenten ein unentschlossenes Verhalten gegenüber Hácha und der Protektoratsregierung vor und unterließ nicht zu erwähnen, daß ihre Verbrechen den Taten der Regierung Beneš vor und nach München nicht unähnlich seien. Darauf folgte eine Kritik des Inhalts der Londoner tschechoslowakischen Rundfunksendungen: Sie würden die Partisanenbewegung sabotieren, der doch vom Moskauer Rundfunk so große Aufmerksamkeit gewidmet würde. Schließlich herrschte Kopecký den Präsidenten sogar wegen eines angeblich von London betriebenen Doppelspiels in Angelegenheit der unmittelbaren Verwaltung im befreiten Gebiet an: Hier habe nach seiner Meinung die tschechoslowakische Regierung eher den Gedanken einer Militärverwaltung als einer Volksverwaltung begünstigt.

Wortführer der Kommunisten in der folgenden Debatte war Gottwald, der zwar Kopeckýs grobe, ja beleidigende Ausführungen abschliff und glättete, aber in der Sache selbst keinen Schritt zurückwich.

Durch das von kommunistischer Seite veröffentlichte Dokument wissen wir, wie sich Beneš in der Beurteilung des Londoner Staatsapparates sukzessiv der Seite der Moskauer Kritiker zuneigte, wie verächtlich er von Jaroslav Stránský sprach. Am meisten nahm er Ripka gegen die kommunistischen Angriffe in Schutz: „Er befolgt ergeben die Linie seiner (Beneš — Anm. J. F.) Außenpolitik. Das Projekt der tschechoslowakisch-polnischen Föderation ist nicht Ripkas Schuld.“ Noch am 20. Dezember, beim festlichen Empfang in der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Moskau, ersuchte der Präsident die kommunistische Führung, sie möge Hubert Ripka und den Abgeordneten Clementis so nachsichtig als möglich beurteilen. Dafür besiegelte Beneš das Schicksal Feierabends durch das Einverständnis, daß der Terminus „Landwirte“ („zemědělci“) — die neben den Kommunisten, Sozialisten und Volksparteilern einen weiteren Teil der Nationalen Front bilden konnten — „nicht mit Feierabend als Repräsentanten der Agrar-Bourgeoisie identifiziert wird“.

Zum Vorschlag der Kommunisten, ihnen sollten die Ressorts des Innenministeriums und der Nationalen Verteidigung vorbehalten bleiben, erklärte Beneš, er habe dagegen keine Einwände. Und er fügte hinzu: „Zwischen mir als Oberstem Befehlshaber der Armee und einem Kommunisten als Minister der Nationalen Verteidigung könnte eine ideale Zusammenarbeit herrschen.“ Ferner ließ Beneš gelten, daß die Kommunisten als stärkste Partei Anspruch darauf hätten, den Ministerpräsidenten zu stellen. Gottwald erwiderte schlaue: „Die Verhältnisse werden außerordentlich sein. Wir wollen Ihnen keine Schwierigkeiten machen und glauben, Ministerpräsident sollte Ihr Mann werden.“

Daß Gottwald ihm im März 1945 als „seinen Mann“ Zdeněk Fierlinger vorschlug, hatte sich der Präsident wirklich nicht vorgestellt. Nach seiner Rückkehr nach London sprach Beneš auch vor Kommunisten darüber, daß es entweder František Němec oder — wenn er das Konzentrationslager überlebe — Petr Zenkl sein könnte. Deshalb wohl mußte Němec mit seiner Mission in Karpatenrußland scheitern. Deshalb wurde Zenkl im Konzentrationslager am Leben bedroht und dann zu Hause als Zielscheibe ihrer hemmungslosesten Propaganda benutzt.

Die Gespräche Benešs mit den Kommunisten im Dezember 1943 in Moskau gipfelten in dieser Versprechung des Präsidenten: „Ihr werdet das stärkste Element des neuen Regimes sein. Und dieses Element werde ich stets halten. Ich will, daß die Verhältnisse in der Republik schon solider sein sollten . . .“ Darauf sagte Gottwald zu Beneš: „Wenn unsere Vereinbarung ehrlich und ehrenhaft sein wird, dann stellen Kommunisten und Beneš zusammen eine Kraft dar, die niemand bezwingt“³⁸.

Höchstwahrscheinlich hat Gottwald den Präsidenten an dieses Versprechen mit allem Nachdruck erinnert, als er ihm die Liste seiner de facto bereits kommunistischen Regierung im Februar 1948 vorgelegt hat.

Der sozialistische Block

Beneš kehrte am 6. Januar 1944 als äußerlich sehr selbstbewußter Sieger nach London zurück. Niemand, vielleicht er selbst nicht, ahnte, daß der Moskauer Sieg ein Pyrrhussieg war. Die Wendung in der tschechoslowakischen Außen- und Innenpolitik war anfangs nicht auffällig. Wie bereits erwähnt, wollte Stalin nicht die Deutschen ängstigen und im Westen Mißtrauen hervorrufen. Gottwald wiederum dachte nicht daran, die nichtkommunistischen Kräfte im Exil und vor allem in der Heimat zu erschrecken. Die Haltung des tschechoslowakischen kommunistischen Führers offenbarte sich am deutlichsten in dem Schreiben, das er durch Vermittlung des Präsidenten in offenem Briefumschlag an Václav Nosek nach London schickte — mit der Anweisung, er solle auch die übrigen Politiker mit dem Inhalt bekanntmachen. Das Schreiben war in einem sehr freundschaftlichen, keineswegs aggressiven Ton gehalten.

Gottwald führte beispielsweise an, die Kommunisten hätten sich mit dem Präsidenten darüber geeinigt, wie in der Regierung der Republik — die zur gegebenen Zeit zusammentreten werde — neben den drei sozialistischen Parteien auch die Volksparteiler und die Repräsentanten der Landwirte vertreten sein sollten. Gottwald fügte allerdings hinzu, der Präsident habe zugestimmt, daß die drei sozialistischen Parteien (Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationale Sozialisten) in der Regierung einen Block des in Stadt und Land arbei-

³⁸ Cesta ke květnu. Neudruck unter dem Titel: Moskevská jednání Beneše s představiteli KSČ v prosinci 1943 [Die Moskauer Verhandlungen Benešs mit den Repräsentanten der KPTsch im Dezember 1943] als Beilage der Zeitschrift „Tvorba“, wobei der Text in einigen Fällen ergänzt wurde. Tvorba Nr. 19 u. 20, Prag, Mai 1970, S. 12, 22, 23, 25, 26.

tenden Volkes bilden sollten. So ein Block wurde tatsächlich schon im März 1944, kurz nach Benešs Rückkehr nach London, konstituiert. Es trat bloß eine grundlegende Veränderung ein: Die Sozialdemokraten waren in diesem Block außer durch die Minister Němec und Bečko durch zwei Mitglieder der Linken, nämlich Bechyně und Laušman, vertreten. Die Nationalen Sozialisten vertraten Stránský, Ripka, David und Uhlíř; die Kommunisten Nosek, Való, Spurný und Laštovička.

Šrámek bemühte sich nicht, seine volksparteiliche Gruppe zu organisieren. Dafür taten sich in aller Eile die tschechischen Agrarier unter der Leitung von Feierabend zusammen, dem Minister Lichner, ehemaliger Abgeordneter der Agrarpartei, sekundierte. Sie forderten, daß mit ihnen wie mit legitimen Vertretern der Agrarier verhandelt werden sollte. Mißerfolge in dieser Hinsicht führten schließlich zur Demission Feierabends³⁹.

Einzelheiten seiner so schwerwiegenden Gespräche mit Stalin und Molotow teilte der Präsident weder der Regierung noch den Mitgliedern des Staatsrates mit; er referierte auch nicht über seine Verpflichtungen gegenüber Gottwald. Diese Fakten blieben lange Jahre hindurch in den vertraulichen Dokumenten Jaromír Smutnýs und in den kommunistischen Archiven verborgen. Erst die jüngsten Publikationen entschleierten das Geheimnis jener dramatischen Szenen.

Dessenungeachtet offenbarte sich der Inhalt der Moskauer Diskussionen zum Teil in Äußerungen Benešs. Beispielsweise drückte sich der Optimismus des Präsidenten in diesen seinen Worten aus: „Die Fakten (bezeichnend für die Entwicklung zu einem neuen sowjetischen Reich) hinsichtlich der Internationale, der Religion, der Zusammenarbeit mit dem Westen, der slawischen Politik usw. nur als reine Taktik anzusehen, wäre ein fundamentaler Irrtum⁴⁰.“ Seine Gespräche mit Gottwald riefen allerdings eine gewisse Skepsis hervor. So machte der Präsident kein Hehl daraus, daß ihm die unfreundliche Haltung der Moskauer Kommunisten gegenüber Ripka Sorgen bereite; der Präsident äußerte Zweifel, ob er Ripka in der Nachkriegsregierung halten könne. In einem vertraulichen Gespräch bot er Ripka den Posten eines Botschafters in Paris an. Ripka dankte dem Präsidenten und bat ihn, er möge sich um seine Person keine Sorgen machen. (Nebenbei bemerkt: Der Präsident beabsichtigte, bald nach dem Kriege auch Petr Zenkl nach Frankreich zu schicken, der ihm wegen seiner radikal antikommunistischen Haltung einige Sorgen bereitete.)

Ich besitze diesbezüglich keine Notiz, weiß aber: Beneš erklärte auch Šrámek, er rechne zwar mit seiner weiteren Mitarbeit in der Heimat, nichtsdestoweniger aber werde Šrámek nicht lange in seiner Funktion als Ministerpräsident verbleiben. Die Majorität der übrigen Regierungsmitglieder wurde sich plötzlich bewußt, daß es höchste Zeit war, ihre Position durch eine gediegene politische Basis zu untermauern. Die Theorie, daß im Exil kein Platz für Parteipolitik sei, brach zusammen.

Sowie sich politische Gruppen bildeten und vor allem in dem Moment, da

³⁹ Feierabend: Prag-London II, 336—349.

⁴⁰ Beneš: Paměti 396.

der sozialistische Block entstand, war jedem klar, daß die langsame Liquidation des tschechoslowakischen Staatsapparates begonnen hatte. Der Schwerpunkt wurde in den Nationalen Block des in Stadt und Land arbeitenden Volkes verlagert. Von dort kamen die meisten Impulse in die Regierung und in den Staatsrat.

Dieser Block ging in freundschaftlicher Atmosphäre an die Arbeit; bald aber begann — zunächst im verborgenen, später offenkundig — das Ringen zwischen der Konzeption der Regierung in London und jener der Kommunisten in Moskau. Es handelte sich, neben anderen wichtigen Problemen, um den Entwurf eines Dekretes des Präsidenten über die Organisation der staatlichen und territorialen Administration in der befreiten Republik, d. h. über die Nationalausschüsse, die — wie wir wissen — in der Heimat zum wirkungsvollsten Instrument der Kommunisten bei der Machtergreifung wurden. Um den Komplex dieser fundamentalen Frage entbrannten heftige Auseinandersetzungen zwischen den Nationalen Sozialisten (ihr Hauptsprecher war Minister Stránský) und den Kommunisten, deren Argumentation auf verschiedenen Wegen aus Moskau kam.

Bezüglich dieser Fakten ist die nichtkommunistische Literatur sehr dürftig. Das gesamte dokumentarische Material des Präsidenten, Ripkas, des Ministerrates u. ä., sowie selbstverständlich auch das kommunistische, wurde nach dem Kriege von London nach Prag gebracht. Dort hatte Bohuslav Laštovička Gelegenheit, diesen Zweikampf zwar detailliert, doch auch tendenziös verzeichnet zu schildern⁴¹. Trotzdem wird aus seinen Ausführungen offenkundig: Bald nach seiner Rückkehr aus Moskau wurde sich der Präsident bewußt, daß er zu weit gegangen war. Vermutlich aber wurde ihm ebenso bewußt, daß er sich durch verschiedene Vorbehalte bei den Gesprächen mit Gottwald und seinen Genossen immerhin freie Hand bewahrt hatte. „Beneš erklärte, daß er über die Verhandlungen mit uns in London referieren werde die Partner des Blocks müssen sich vor allem einigen“⁴². Zudem bot das Nebelhafte der Moskauer Vorschläge Beneš die Gelegenheit zu einer bestimmten Gegenoffensive. Stránský und Ripka kämpften selbstverständlich im Block auch für ihre Sache; doch ohne Zustimmung des Präsidenten hätten sie keinen derartigen Dialog führen können.

Schließlich aber traten doch sowohl der Präsident als auch die Nationalen Sozialisten — denen Majer (er löste Němec im Block ab) half, soweit er irgendwie konnte — den Rückzug an. Das Resultat dieses Rückzugs waren das Dekret über die Nationalausschüsse und eine Reihe weiterer Dekrete, die Regierung und Staatsrat verabschiedeten, der Präsident unterschrieb. Wieso es dazu kam, erklärt Laštovička wahrheitsgemäß: „... bleibt noch die Frage zu beantworten, worauf die plötzliche Wendung der Benešanhänger zurückzuführen ist ... Den großartigen Effekt bewirkte, wie früher so oft, wiederum eine Ver-

⁴¹ Laštovička, Bohuslav: V Londýně za války, zápas o novou ČSR [In London während des Krieges, der Kampf um eine neue ČSR]. Prag 1961, S. 333—378.

⁴² Moskevská jednání Beneše 25.

änderung der Kriegslage. Die Rote Armee stand schon unmittelbar vor unseren Grenzen . . . Beneš hatte zwei Eisen gleichzeitig im Feuer. Er befürchtete, es könnte ein „tschechoslowakisches Lubliner Komitee“ entstehen . . . Die alte agrarisch-sozialistische Solidarität kam nicht mehr zur Geltung. Weder Stránský noch Majer waren bereit, sich die Finger an den Agrariern und ihren Trabanten zu verbrennen . . . Im tschechischen Lager waren neben den Kommunisten nur drei Parteien annehmbar: Die Sozialdemokraten, die Nationalen Sozialisten und die Volksparteiler⁴³.“

Laštovičkas Bemerkung, es könnte eine tschechoslowakische Version des Lubliner Komitees entstehen, hatte viel für sich. So eine Befürchtung existierte tatsächlich, und nicht bloß in den Gedanken des Präsidenten seit dem Frühjahr 1943, als die Sowjets die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Regierung in London abbrachen. Die Tätigkeit Professor Nejedlýs und die ihm von sowjetischer Seite erwiesenen Ehren riefen schon früher den Verdacht hervor, ob ihn Moskau nicht als Gegenkandidat Benešs in Reserve hielt. In Privatbriefen und amtlichen Depeschen unterstrich Fierlinger die Bedeutung Nejedlýs gehörig. Im September 1943, in der Zeit also, da sich der Präsident weigerte, ohne Vereinbarung mit den Briten der Unterschrift unter den tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag zuzustimmen, sandte Fierlinger ein ausführliches Telegramm nach London, das auch diesen Absatz enthielt: „Es scheint, daß die Wahl Nejedlýs zum Mitglied der Akademie heute schon sicher ist. Er wird zum Ehrenmitglied ernannt, was die größtmögliche Ehre bedeutet. Gegenwärtig gibt es nur drei Ehrenmitglieder, unter ihnen Stalin. Die Wahl wird natürlich eine erhebliche politische Bedeutung haben. Die Wahlen finden am Montag statt“⁴⁴.“

Die Sowjets hatten daher in der Vorstellung des Präsidenten Beneš, einiger Mitglieder seiner Regierung und des Staatsrates die Möglichkeit — ähnlich wie aus „ihren“ Polen —, „ihren“ tschechoslowakischen Ausschuß zu bilden und an seine Spitze den Professor der Karlsuniversität, das Ehrenmitglied der Sowjetischen Akademie, den Vorsitzenden des Slawischen Verbandes in Moskau, den Biographen Masaryks und Smetanas, Zdeněk Nejedlý, zu stellen! Mit diesem Professor, mit dem Helden der Sowjetunion und „Nichtkommunisten“ General Svoboda, mit Benešs Vertrautem Fierlinger und mit anderen besaßen die Sowjets eine tschechische und slowakische Garnitur, die entschieden repräsentativer war als das polnische Lubliner Komitee. Niemand konnte ernsthaft bezweifeln, daß sich diesem tschechischslowakischen Komitee auch noch andere bekannte Trabanten wie Laušman, Patzak und dergleichen Leute anschließen würden.

Wenn wir Gründe dafür suchen, warum sich Präsident Beneš im Dezember 1943 und die nichtkommunistischen Mitglieder der Delegation im März 1945 dermaßen dem kommunistischen Willen beugten, dann muß man dieses wichtige Motiv in Betracht ziehen.

⁴³ Laštovička: V Londýně za války 378 u. 483.

⁴⁴ Dokument Nr. 307, 25. September 1943. In: Dokumenty 376.

Das Ende des Staatsapparates

Im Frühjahr 1944 erreichten die sowjetischen Heere mit der tschechoslowakischen Brigade die karpatenrussische Grenze. Sie überschritten diese Grenze zwar nicht, doch die Tatsache selbst machte gewaltigen Eindruck auf die Bevölkerung der Republik; bestimmt wurde dadurch der Boden für den Slowakischen Nationalaufstand gesinnungsmäßig vorbereitet, der Ende August desselben Jahres ausbrach.

Gemäß der Vereinbarung von Teheran wurde auf dem europäischen Kontinent eine zweite Front errichtet. Die deutsche Kriegsmaschinerie im Westen zerbrach aber nicht so schnell, wie man erwartete; der Vormarsch der Alliierten verlangsamte sich außergewöhnlich. Daran änderte weder die Invasion in Südfrankreich, der siegreiche Vormarsch in Italien, noch die Befreiung von Paris etwas Wesentliches.

Der Slowakische Nationalaufstand wurde zwar infolge unzureichender Unterstützung durch die Sowjetunion niedergeschlagen, die gemäß den strategischen Dispositionen das alleinige Recht und die Pflicht hatte, in diesem Territorium zu operieren. Doch aus dem Slowakischen Aufstand ergaben sich weitreichende Konsequenzen. Für die Londoner Regierung bedeutete er außenpolitisch einen unbestreitbar großen Erfolg. Der Aufstand erkannte ihre Autorität voll an, allerdings mit innenpolitischen Vorbehalten, die der Slowakische Nationalrat zum Ausdruck brachte. Er trat hier als Repräsentant einer eigenberechtigten Nation auf.

Die Veränderung gipfelte darin, daß sich hier als entscheidender, ja als einziger politischer Faktor nur die Kommunisten und die Partei der slowakischen Demokraten vorstellten. Für den Gedanken einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation läutete die Sterbeglocke. Die wichtigsten Parteien der Ersten Republik, die Agrarier und Sozialdemokraten, verschwanden einfach in der Slowakei.

Diese neue Situation zwang Beneš, den entschiedenen Verfechter der nationalen Einheit, sich ihr unter bestimmten Vorbehalten zu unterwerfen. Er hoffte aber immer noch, die weitere Entwicklung werde — sobald sich die revolutionären Wellen beruhigt hatten — gewisse Korrekturen bringen.

Im August 1944 wurde ein Delegierter der Regierung, Minister František Němec, entsendet, um gemäß einer separaten, zu diesem Zweck zusätzlich abgeschlossenen Vereinbarung vom sowjetischen Oberkommando im befreiten Gebiet die politische Macht und damit auch die Verwaltung zu übernehmen. In Karpatenrußland scheiterte seine Mission völlig; es entstand die Gefahr, daß ihm oder irgendeinem anderen etwas Ähnliches in der Slowakei passieren konnte.

Minister Němec hatte in Karpatenrußland (am 4. November 1944 kam er mit seinen Beratern nach Chust) keinen Erfolg, weil die sowjetischen politischen und militärischen Organe die sogenannte „Volksbewegung“ für den Anschluß an die Westukraine ausriefen; wer von den Einwohnern seine Zustimmung verweigerte, wurde einfach deportiert. Die tschechoslowakische Regierung in

London und der Staatsrat — einschließlich der Londoner Kommunisten — waren überrascht. Viel weniger Beneš selbst; er hatte auf Karpatenrußland schon lange vorher verzichtet. Im September 1939 bezeichnete er Karpatenrußland zum ersten Mal als Gebiet, über das er sich mit Moskau einigen möchte; ähnliche Erwägungen wiederholte er auch später einige Male vor sowjetischen Politikern.

Aber die Niedertracht und Tücke, mit der der sowjetische Kommissar General Mechlis in Karpatenrußland vorging, erschütterten den Präsidenten. Und dann die versteckte Drohung in einem Brief, der an Beneš in London adressiert und von Stalin unterschrieben war. Durch diesen Schock bekam der Präsident den ersten Schlaganfall.

Am 9. Januar 1945 kam die offizielle Einladung der sowjetischen Regierung, die tschechoslowakische Regierung solle den Ort ihrer Tätigkeit nach Moskau verlegen, um so dem befreiten Territorium der Republik näher zu sein. Es handelte sich um eine bloße Formalität. Unmittelbar darauf schickte Gottwald ein Telegramm mit dem Vorschlag, die Verhandlungen über die neue Regierung nach Moskau zu verlegen. Die bestehende Regierung sollte weiterhin in London bleiben; in die UdSSR würden nur die politischen Vertreter jener Parteien fliegen, die für die neue Regierung in Frage kämen, ferner der Präsident mit seinen engsten Mitarbeitern. Beneš, Šrámek und die Mitglieder des Blocks nahmen diesen Vorschlag an.

Wegen einer plötzlichen Erkrankung mußte der Präsident seine Abreise nach Moskau um einige Tage verschieben; die politische Delegation verließ London am 9. März 1945. Ausgeschlossen wurden — auf Wunsch Moskaus — „ungebetene“ Personen: Feierabend, Ingr, Slávik. In London blieb auch Hubert Ripka; er gehörte zwar nicht zu den „ungebetenen“, mußte aber als Verbindungsmann zu den westlichen Alliierten fungieren; denn Jan Masaryk begleitete den Präsidenten nach Moskau.

Wir, die beim Abflug des Präsidenten nach Moskau zugegen waren, konnten sehen: Jan Masaryk brachte keinen selbstbewußten Staatsmann hin, sondern einen physisch und psychisch angeschlagenen Mann. Beneš mußte wissen, daß er in eine Falle reiste. Das bestätigte uns auch Masaryk, als er über London nach San Francisco zur konstituierenden Versammlung der Vereinigten Nationen flog.

Beneš griff in die Moskauer Verhandlungen nicht direkt ein; er nahm das an, worüber sich die politischen Parteien geeinigt hatten. Vielleicht stand er im Hintergrund jenes dramatischen und schon überflüssigen Zusammenstoßes zwischen Stránský und Gottwald wegen der slowakischen Angelegenheit, nach dem die Nationalen Sozialisten die Konferenz demonstrativ verließen. Ich weiß es nicht sicher; doch die Tatsache, daß sich Beneš auch noch in der Heimat mit der slowakischen Realität nicht abfinden konnte, würde dafür sprechen.

Trotz des dramatischen Extempores endete alles, wie es enden mußte: Die Nationalen Sozialisten kamen am nächsten Tag zur Konferenz, nahmen die Entschuldigung der Kommunisten an und stimmten ihren Vorschlägen zu, die mit den Vorschlägen der slowakischen Vertreter, einschließlich Šrobárs, identisch waren.

Nur die Kommunisten hatten einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Plan und ein Programm. Die anderen kämpften ohne Plan und Einvernehmen das letzte Rückzugsgefecht. Sie konnten nur kleinere Veränderungen im Regierungs- und Personalprogramm, so wie sie ihnen die Kommunisten zur Billigung vorlegten, erzielen. Im Grunde genommen nahmen sie alles an, einschließlich der Person eines ausgesprochenen sowjetischen Agenten für das Amt des Ministerpräsidenten.

Die Ergebnisse sind unter dem Namen „Kaschauer Regierungsprogramm („Košický vládní program“) bekannt. Bestimmte, ja beträchtliche Vorteile erzielten von den Nichtkommunisten nur die Slowaken, die sich auf die Vereinbarungen mit den slowakischen Kommunisten während des Slowakischen Nationalaufstandes stützten.

Allen Nichtkommunisten blieb nur die Hoffnung, in der Heimat werde der tschechoslowakische Wähler in freien Wahlen mit seiner Stimme den Boden für gerechte Korrekturen vorbereiten.